

Jana Faus & Thorsten Faas

**Viel Verantwortung,
viele Wahlen,
viele Herausforderungen.**

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021
und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

Inhalt

1. Forschungsauftrag	4
2. Die Ausgangslage für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021	5
Die SPD in Berlin seit 1990	5
Von Müller zu Giffey	6
3. Der Wahlkampf.....	10
„Ein UFO landet auf dem Kurt-Schumacher-Haus“	10
Die Themen des Wahlkampfes: Die 5 B's	11
Bauen.....	13
Bildung.....	15
Beste Wirtschaft	17
Bürgernahe Verwaltung	18
Berlin in Sicherheit	19
Berlin ist Berlin. Bezirke und Bund spielen kaum eine Rolle	20
4. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021.....	23
Der Wahltag und seine Folgen	23
Der Wahlausgang und seine Hintergründe	24
Ein Blick in die Fläche.....	25
5. Der Start in eine schwierige Partnerschaft.....	28
6. Die Wiederholungswahl 2023	30
Wahlkampf 2023: Keine Vorbereitung, keine Geschichte	30
Wahlergebnis 2023: Die Rückkehr der CDU	32
Ein Blick in die Fläche.....	34
Koalitionen.....	35
7. Mitgliederentscheid(e)	38
Ausgangslage und Ausgang des Mitgliederentscheids zum Koalitionsvertrag 2023	38
Ein kurzer Blick auf die Mitgliedschaft der Berliner SPD	38
Hintergründe des Abstimmungsverhaltens zum Koalitionsvertrag	40
Entscheidungsfindung	41
Bewertung des Mitgliederentscheids und Blick in die Zukunft.....	42

Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

8.	Der Zustand der Partei.....	44
	Mehr als alles andere ist der Zustand der Partei für die schlechten Wahlergebnisse verantwortlich	44
9.	Empfehlungen	48
	Fokus auf Wählende	48
	Überkommen innerparteilicher Flügelkämpfe	48
	Erhöhung der Strategiefähigkeit	49
	Optimierung der organisatorischen Aufstellung bei Wahlen.....	49

Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

Wir danken der Wahlkampfkommission für den Mut, eine solche Analyse in Auftrag zu geben und sich mit möglicherweise unbequemen Wahrheiten auseinanderzusetzen.

*Besonderer Dank gilt den 26 Gesprächspartner*innen, die mit viel Offenheit und großem Vertrauen ihren Blick auf Berlin mit uns geteilt haben.*

Danken möchten wir außerdem den 1.513 SPD-Mitgliedern, die an der Befragung zum Mitgliederentscheid teilgenommen haben.

Dem Kurt-Schumacher-Haus danken wir für die gute Kooperation und Unterstützung.

1. Forschungsauftrag

Die Berliner SPD hat bei der wiederholten Abgeordnetenhauswahl am 12. Februar 2023 das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Schon seit 2016 fährt die SPD Berlin nur noch Wahlergebnisse um die 20 Prozent der Stimmen ein. Der Landesvorstand hat deshalb beschlossen, die Wahl 2023 in einer Kommission aufzuarbeiten und daraus politische und organisationspolitische Schlussfolgerungen zu ziehen. Zur Unterstützung der Aufarbeitung der Wahl(en) wurden Thorsten Faas und Jana Faus beauftragt, die Wahlen und Wahlkämpfe extern zu analysieren.

Dabei untersuchte Faas Daten aus der amtlichen Statistik, öffentlich verfügbare sowie interne Umfragedaten sowie vor allem Daten aus einer repräsentativen Befragung von SPD-Mitgliedern, die im Nachgang zum Mitgliederentscheid 2023 durchgeführt wurde und an der im Juni/Juli 2023 1.513 Mitglieder der Berliner SPD teilgenommen haben.

Faus suchte das persönliche Gespräch mit Menschen, die an den Wahlen aktiv beteiligt waren und/oder die Berliner SPD schon längere Zeit intensiv beobachten und kennen. Dafür wurde vom Kurt-Schumacher-Haus eine Liste mit möglichen Gesprächspartner*innen zusammengestellt. Diese Liste wurde im weiteren Verlauf nicht 1:1 abgearbeitet, sondern diente als Ausgangspunkt für die Auswahl von Gesprächspartner*innen. Darüber hinaus hat Faus auch Menschen interviewt, deren Namen *nicht* auf der Liste potenzieller Ansprechpartner*innen standen. Nicht alle Gesprächspartner*innen sind Genoss*innen, aber allen ist gemein, dass sie ein wie auch immer geartetes Interesse an der Berliner Sozialdemokratie haben. Allen Gesprächspartner*innen wurden Anonymität und Vertraulichkeit garantiert, um größtmögliche Offenheit in den Gesprächen zu erzielen. Insgesamt wurden 26 Gespräche geführt, die in Summe über 62 Stunden dauerten.

Der vorliegende Bericht liefert eine holistische Analyse der jüngsten Wahlen in Berlin und stellt zugleich einen Versuch dar, den Zustand der Berliner SPD zu beschreiben. Er soll es den handelnden Akteur*innen ermöglichen, politisch und organisationspolitisch effektive und effiziente Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Im Folgenden gehen wir grundsätzlich chronologisch vor und nehmen zunächst die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021 – Ausgangslage, Wahlkampf, Wahlergebnis, Koalition – in den Blick, um uns anschließend der Wiederholungswahl 2023 in ähnlicher Weise zu nähern. Abschließend nehmen wir den Zustand der Partei, so wie er sich uns in den verschiedenen Datenquellen dargestellt hat, in den Fokus und schließen mit Empfehlungen.

2. Die Ausgangslage für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021

Die SPD in Berlin seit 1990

Seit der Wiedervereinigung regiert die SPD im Land Berlin mit unterschiedlichen Koalitionspartnern, davon beinahe ein Vierteljahrhundert führend aus dem Roten Rathaus heraus mit sozialdemokratischen Regierenden Bürgermeister*innen an der Spitze. Die besten Ergebnisse mit jeweils rund 30 Prozent der Stimmen erzielte die SPD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006 und 2011. Seitdem aber verliert sie kontinuierlich. Das „historisch schlechteste Ergebnis“¹ im Jahr 2016 unter Michael Müller (21,6 Prozent) wurde unter Franziska Giffey zunächst bei der Wahl 2021 nochmals knapp (21,4 Prozent) und schließlich bei der Wiederholungswahl 2023 deutlich unterboten. Zum ersten Mal erzielte die SPD 2023 mit 18,4 Prozent weniger als 20 Prozent der Stimmen. Zudem verlor sie bei der Wiederholungswahl den ersten Platz an die CDU. Als Konsequenz verzichtete die SPD Berlin – trotz rechnerisch weiterhin bestehender Möglichkeit der Fortsetzung einer SPD-geführten rot-grün-roten Koalition – auf das Rote Rathaus. Ohne Zweifel markiert dies eine Zäsur. Nach über 20 Jahren ist aus dem Roten Rathaus wieder ein schwarzes geworden.

Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1990-2023

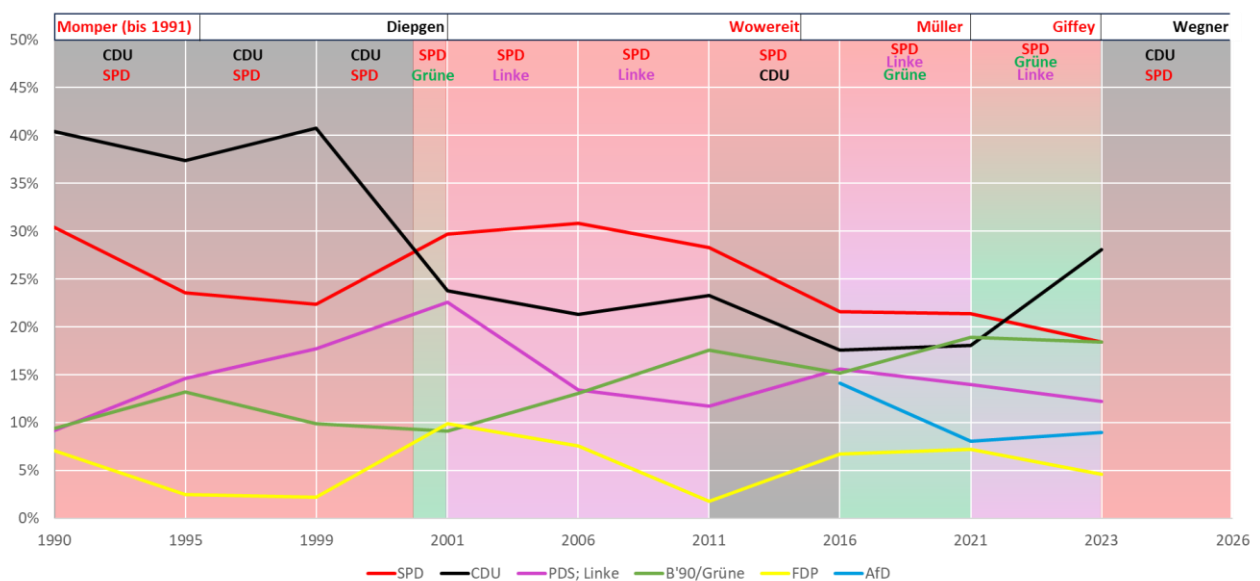


Abbildung 1: Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1990-2023 und anschließend gebildete Regierungen

Die aktuellen Herausforderungen für die Berliner SPD werden auch ersichtlich, wenn man sich in vergleichender Perspektive die Ergebnisse der SPD in Berlin bei Bundestags- und Abgeordnetenhauswahlen anschaut:

¹ Zitate aus den Interviews sind kursiv abgedruckt. Sie wurden gegebenenfalls sprachlich geglättet, aber inhaltlich nicht verändert.

Wahlergebnisse der SPD in Berlin bei Bundestags- und Abgeordnetenhauswahlen im Vergleich, in Prozent

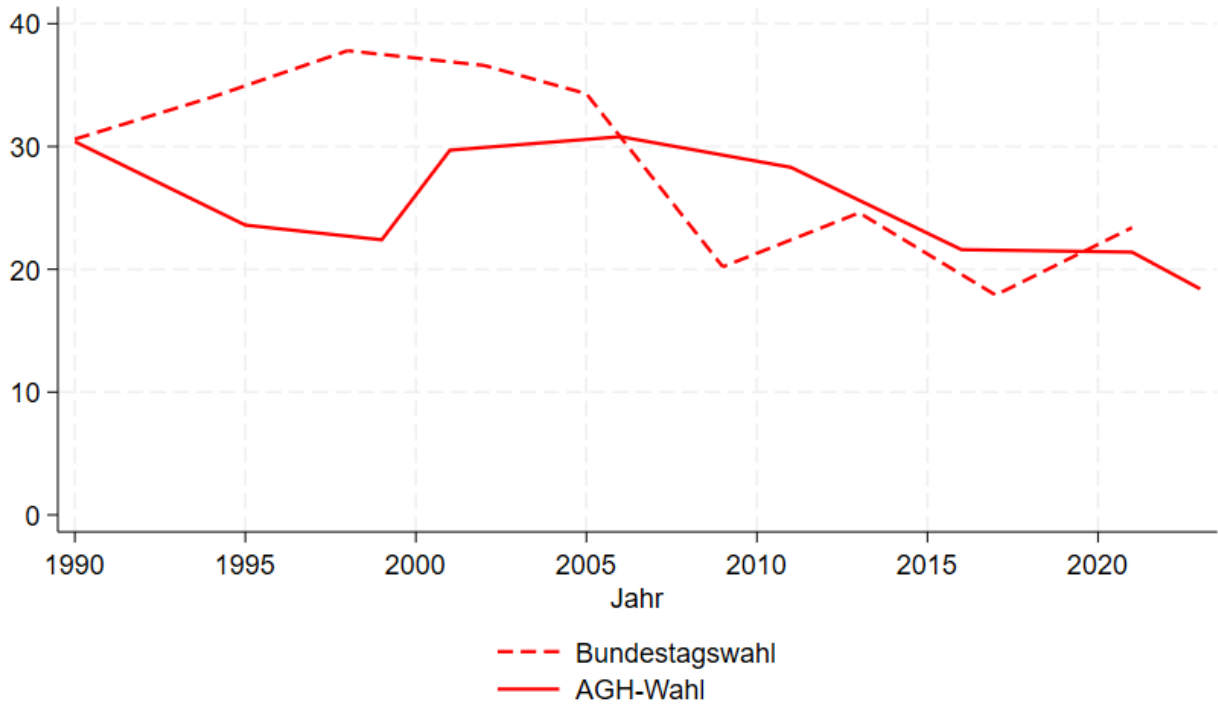


Abbildung 2: Wahlergebnisse der SPD in Berlin bei Bundestags- und Abgeordnetenhauswahlen im Vergleich, in Prozent

Seit 2006 lagen die Ergebnisse der SPD in Berlin bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus stets höher als bei Bundestagswahlen. Während aber die Ergebnisse bei den Bundestagswahlen von Wechseln zwischen Gewinnen und Verlusten zwischen Wahlen geprägt waren, gingen die Ergebnisse bei den AGH-Wahlen kontinuierlich nach unten. Im Wahljahr 2021 drehte sich dabei auch das Muster um: Bei den zeitgleich stattfindenden Bundestags- und AGH-Wahlen schnitt die SPD in Berlin bei der Bundestagswahl besser ab als bei der AGH-Wahl – gefolgt vom bereits erwähnten nochmaligen Rückgang bei der Wiederholung der AGH-Wahl 2023. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 63 Prozent entfielen 2023 knapp 280.000 Zweitstimmen auf die SPD. Diese entsprechen 11,5 Prozent der wahlberechtigten Berliner*innen und 7,4 Prozent aller im Februar 2023 in Berlin lebenden Menschen. Berlin und die SPD haben sich offenkundig auseinandergelebt – und dies insbesondere in der jüngeren Vergangenheit, auf die wir im Folgenden genauer eingehen wollen.

Von Müller zu Giffey

Politik auf der Landebene hat es häufig schwer, wahrgenommen zu werden. Der Fokus der medialen Darstellung wie der öffentlichen Wahrnehmung liegt auf der Spitze der Regierung. Sehr häufig werden die Parteien regierender Ministerpräsident*innen oder Bürgermeister*innen daher wiedergewählt und die Personen im Amt bestätigt, wenn sie sich erneut zur Wahl stellen. Allerdings ist dies kein Automatismus. Der Fokus auf Regierende kann – gerade bei langer Regierungszeit und -führung – auch zur Belastung werden. Neben die Verdienste für positive Entwicklungen der Stadt kann ebenso die maßgebliche Verantwortung für negative Entwicklungen treten.

Der Übergang von Michael Müller zu Franziska Giffey zunächst als Spitzenkandidatin und dann als Regierende Bürgermeisterin ist vor diesem Hintergrund ambivalent zu sehen. Der Übergang gelang zumindest nach außen hin vergleichsweise reibungslos. Zudem stand mit Franziska Giffey eine Nachfolgerin bereit, die sich um die größte Herausforderung neuer Landespolitiker*innen kaum kümmern musste: Ihre Bekanntheit war aufgrund ihrer früheren Ämter und Positionen in Berlin gegeben. Das zeigen etwa die Umfragen von Infratest dimap: Rund um die Wahl 2021 lag ihr Bekanntheitsgrad in Berlin bei 84 Prozent.² Zum Vergleich: Bettina Jarasch kannten zu diesem Zeitpunkt 41 Prozent, Kai Wegner 46 Prozent. Michael Müller kannten 2016 92 Prozent der Berliner*innen.³

Bekanntheit ist aber nur eine notwendige Bedingung für ein weitreichendes, positives Image. Der dominante Fokus von Medien und Öffentlichkeit kann auch ins Gegenteil umschlagen. Dies gilt insbesondere dann, wenn öffentlichkeitswirksame Probleme und Fehler in lange Regierungszeiten fallen. Man muss nur an den BER oder auch die fehlerbehaftete Wahl 2021 erinnern, um zu erkennen, dass hier Gefahren für die Berliner SPD drohten. Beides – BER und Wahl 2021 – gehen, wie Umfragen zeigen, mehrheitlich mit der führenden Regierungspartei nach Hause, selbst im Falle des Wechsels handelnder Personen.⁴ Im Umfeld der Wahl 2023 sahen die Berliner*innen die SPD mit immensem Vorsprung vor allen anderen Parteien verantwortlich für „die Zustände bei den Berliner Behörden“, „die Pannen bei der Abgeordnetenhauswahl 2021“ und „die fehlenden Wohnungen in der Stadt“. Einzig die schwierige Verkehrssituation in der Stadt wurde mehrheitlich den Grünen zugeschrieben.⁵

Der personelle Wechsel von Müller zu Giffey brachte Herausforderungen mit sich. Das zeigen gerade auch die Interviews: Müller wird in breiter Übereinstimmung zugutegehalten, die Corona-Pandemie insgesamt gut gemanagt zu haben. Auch habe die rot-rot-grüne Koalition trotz bestehender inhaltlicher Unstimmigkeiten ein vergleichsweise harmonisches Bild abgegeben, gerade im Vergleich zur nachfolgenden rot-grün-roten Koalition. Müller werden aber auch strukturelle Fehler angelastet, die sich bis heute durchziehen (und deren Anfänge einige Interviewpartner*innen schon in der Zeit von Klaus Wowereit sehen). Dazu werden etwa die mangelhafte strategische und substanzielle Vorbereitung von Themen gezählt, die sich als lange Linien durch die Arbeit der Berliner SPD ziehen, aber auch unklare Aufgabenteilungen und die Nicht-Nutzung von Synergie-Effekten zwischen den verschiedenen Machtzentren der Partei, also zwischen Partei, Fraktion und den SPD-geführten Senatskanzleien, und damit verbunden auch die Unfähigkeit, die Partei zu einen. Auch sei es nicht gelungen, eine gute Balance zwischen der Ausrichtung der Politik an den Wünschen und Bedürfnissen des Elektorats einerseits und den eigenen politischen Überzeugungen andererseits zu finden.

Mindestens ein gewisses Unbehagen bezogen auf die thematische Aufstellung und Schwerpunktsetzung der Berliner SPD wird auch in der Mitgliederbefragung deutlich. „Die Landesparteitage der SPD Berlin setzen die richtigen Themen in Bezug auf die Berliner Stadtgesellschaft“ – diese ihnen gestellte Frage beantwortet fast

² Infratest dimap: WahIREPORT Abgeordnetenhauswahl Berlin 2021, Berlin 2021; dies bildet auch die Quelle für alle Zahlen von Infratest dimap zur Wahl 2021.

³ Infratest dimap: WahIREPORT Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016, Berlin 2016; dies bildet auch die Quelle für alle Zahlen von Infratest dimap zur Wahl 2016.

⁴ 40 Prozent der Befragten einer Umfrage von Infratest dimap nennen im Kontext der Abgeordnetenhauswahl 2016 „die SPD“ als Partei, die für die damals geplatzte Eröffnung des BER „besonders verantwortlich“ ist, 6 Prozent die CDU, 45 „keine Partei“.

⁵ Infratest dimap: WahIREPORT Abgeordnetenhauswahl Berlin 2023, Berlin 2023; dies bildet auch die Quelle für alle Zahlen von Infratest dimap zur Wahl 2023.

die Hälfte der befragten Mitglieder lediglich mit „teils/teils“, während je rund ein Viertel Zustimmung oder aber Ablehnung zum Ausdruck bringt.

Dabei waren die Voraussetzungen für die Berliner SPD in den zurückliegenden Jahren durchaus gut: 2016 wurde die wirtschaftliche Lage in der Stadt noch von knapp zwei Drittel der Menschen als gut bewertet; von ähnlicher Mehrheit wurde auch die Entwicklung der Stadt als insgesamt positiv wahrgenommen. Allerdings wurde und wird dies weitgehend losgelöst von Politik gesehen. Vielmehr sagten viele Menschen in Berlin schon 2016, dass Berlin viele Chancen liegen lasse und die Politik die Probleme Berlins nicht in den Griff bekomme. Die öffentliche Verwaltung wird als „unfähig“ gesehen. Die SPD Berlin wurde nicht in einem positiven Sinne als Treiber einer positiven Entwicklung gesehen, mitunter sogar im Gegenteil.

Eine personelle Übergangssituation birgt vor diesem Hintergrund Gefahren für die Partei – sowohl mit Blick auf ihre innere Verfasstheit als auch ihren Rückhalt in der Wahlbevölkerung. In solchen Wechseln – man schaue nach Rheinland-Pfalz und den Übergang von Kurt Beck zu Malu Dreyer – steckt gerade in schwierigen Situationen durchaus großes Potenzial. Und auch in den Interviews wird übereinstimmend von einer „*Aufbruchstimmung*“ berichtet, die sich einstellte, als klar wurde, dass nicht Müller, sondern Giffey antreten würde, da für die meisten klar zu sein schien, „*dass die Wahlergebnisse mit Müller nicht besser werden.*“ Es habe „*frischen Wind*“ gebraucht „*mit einer Spitzenkandidatin mit hoher Bekanntheit*“ – wobei in der Partei unstrittig war, dass nur eine Frau für die Nachfolge infrage kommt. In dieser Lage hätten „*selbst die Ultralinken unter uns die bittere Kröte geschluckt, dass eine ‚Rechte‘ für uns antritt*“, denn „*wenn es hart auf hart kommt, kann sich die Partei dann doch einordnen. Zumindest kurzfristig gelingt das.*“ Auf diese Kurzfristigkeit des Akzeptierens und Einordnens wird häufiger verwiesen – und mit einem gewissen Amüsement auf Klaus Wowereit angespielt: „*Klaus wurde ja erst in der Partei beliebt, als er nicht mehr im Roten Rathaus saß.*“ / „*Auch den Klaus mögen wir ja erst, seit er nicht mehr regiert.*“

Diese wenigen Zitatbeispiele illustrieren das Spannungsfeld zwischen „Linken“ und „Rechten“ in der Berliner Sozialdemokratie, aber auch zwischen den SPD-Senatsmitgliedern, der SPD-Fraktion und der Partei (siehe hierzu auch Kapitel 8). Gerade auch die Befragung der Mitglieder macht sehr deutlich (siehe dazu auch Kapitel 7): Die Partei ist tief gespalten, vor allem bezogen auf symbolische Personal- und Koalitionsfragen – und in der Folge genießt etwa der SPD-Landesvorstand bei den eigenen Mitgliedern deutlich weniger Vertrauen (29 Prozent) als etwa der Vorstand der eigenen Abteilung (67,5 Prozent) oder der Bundesvorstand der SPD (63 Prozent).⁶

Insgesamt deutet sich hier schon an: Die (mangelnde) Einigkeit der Partei und die Dominanz der internen Auseinandersetzungen in den – häufig symbolischen – Debatten war, ist und bleibt die größte Herausforderung für die Berliner SPD. Vor diesem Hintergrund ist auch klar: Es war nie eine „Liebesheirat“ zwischen der Berliner SPD und Franziska Giffey. Viele hofften auf ihre Bekanntheit und Popularität, die sie aus ihrer Zeit als Bundesministerin hatte. Ihre Arbeit in der Partei in Neukölln spielte dagegen keine Rolle, ihre Arbeit als dortige Bezirksbürgermeisterin nur eine untergeordnete.

Wechsel von der Bundes- in die Landespolitik sind vergleichsweise selten und gelingen nicht immer reibungslos. Dafür funktionieren die politischen Arenen im Bund auf der einen, den Ländern auf der anderen Seite zu verschiedenen. Im Falle Giffey war der Wechsel noch dazu mit besonderen persönlichen Umständen, nämlich ihrem Rückzug als Bundesministerin, verbunden. Man kann an dieser Stelle berechtigt fragen: Warum

⁶ Angaben sind jeweils die Werte derer, die „voll und ganz“ oder „eher“ vertrauen, gemessen auf fünfstufigen Skalen.

eigentlich musste eine Partei, die über viele Mitglieder verfügt und die über viele Jahre in Regierungsverantwortung war, auf bundespolitisches Personal vertrauen, das dann kurzerhand Berlin zur „Herzenssache“ erklärt? Trotzdem wurden mit Franziska Giffey, wie die Interviews zeigen, Aufbruch und frischer Wind verbunden. Für die Berliner SPD war es offenkundig auch eine Chance, dass Giffey bereit war, vom Bund in die Landespolitik zu wechseln, um trotz gewisser Distanz zur Partei und der Ebene der Landespolitik diesen Job zu übernehmen. Ob sich solche personellen Alternativen zukünftig wieder bieten werden, steht in den Sternen. Die Landespartei muss dringend erfolgreich(er)e Nachwuchsarbeit leisten, um ein Personalvakuum zu verhindern – und dabei insbesondere integrierende Strukturen und Kräfte fördern.

Unter der Überschrift „Von Müller zu Giffey“ ist abschließend noch ein weiterer Punkt aufzugreifen, nämlich die Koalition. Auf den ersten Blick besteht auch hier Kontinuität: Rot-Rot-Grün unter Müller, Rot-Grün-Rot unter Giffey. Und doch unterscheiden sich die Konstellationen grundlegend: Nach der Wahl 2016 lag die SPD – trotz Verlusten – klar vor den beiden anderen Koalitionspartnern. 2021 waren die Grünen der SPD deutlich nähergekommen. Am Wahlabend hatte es sogar zwischenzeitlich so ausgesehen, als könnten die Grünen vor der SPD landen. Die Spitzenposition der SPD (und auch der Regierenden Bürgermeisterin) war im Gegensatz zu 2016 nicht mehr gänzlich unumstritten, vielmehr sahen sich Partei und Person herausgefordert. Verschärft wurde diese Konstellation noch durch den Umstand, dass dieses rot-grün-rote Bündnis nicht Giffeyes „Herzenssache“ war, hatte sie sich doch im Vorfeld durchaus offen für anderes gezeigt. Gegenüber dem rot-grün-roten Bündnis nach der Wahl 2021 wirkte das vorherige Bündnis unter Müller jedenfalls sehr harmonisch.

Natürlich gilt für Koalitionsregierungen: Weder sind die positiven noch die negativen Entwicklungen in der Stadt nur auf eine einzige Partei zurückzuführen; auch der Zustand einer Koalition insgesamt hängt vom gemeinsamen Willen aller Beteiligten ab. Entsprechend finden sich auch in den Interviews immer wieder Stimmen aus der Berliner SPD, die auf die schwierigen Koalitionspartner verweisen, die ein besseres Regieren und als Resultat daraus bessere Wahlergebnisse nicht möglich gemacht hätten. Hier wird gerade in der jüngeren Vergangenheit besonders auf die Grünen verwiesen, die der SPD in der Koalition das Leben schwer gemacht hätten. Ohne diesen „*Stein am Bein der Koalition*“ wäre die Berliner SPD heute in einer besseren Situation, heißt es.

Doch ein solcher Blick ignoriert erstens die strukturellen Schwächen der Berliner SPD, die sich in längerfristig abnehmenden Trends zeigen. Zudem verkennt er, dass die dominante Position, die die führende Partei mit der Regierenden Bürgermeisterin an der Spitze innehat, eben dazu führt, dass es „ihre“ Koalition ist, die nicht funktioniert. Stimmenverluste auf Koalitionspartner zurückzuführen, ist aus interner Sicht nachvollziehbar, das Argument greift aber letztlich zu kurz. Die Erosionsprozesse der vergangenen Jahre schließen das Ansehen des Senats, der SPD und ihres Spitzenpersonals mit ein; gerade in den Augen der Wähler*innen gab es hier wenig Differenzierungen. Und hinzu kommt aus Sicht der Mitgliedschaft insgesamt: Die Frage der Koalition und Koalitionspartner ist ein echter symbolischer Spaltpilz für die Partei: Der linke Teil der Berliner SPD wäre gerne in der rot-grün-roten Koalition geblieben und war mit deren Arbeit alles in allem zufrieden, der rechte wollte raus und in die Koalition mit der CDU; der linke Teil findet den ausgehandelten Koalitionsvertrag insgesamt schlecht (und stimmt dagegen), der rechte gut (und stimmt dafür); der linke Teil geht fest davon aus, dass die Regierungsarbeit der SPD bei der nächsten AGH-Wahl Schaden wird, der rechte Teil ist sich da zumindest nicht so sicher. So betrachtet muss der Umgang mit Koalitionsfragen für die Berliner SPD unbedingt ein Thema sein – allerdings viel mehr nach innen als nach außen.

3. Der Wahlkampf

„Ein UFO landet auf dem Kurt-Schumacher-Haus“

In der politischen Arena ist der Wahlkampf nicht nur eine Phase intensiver Kommunikation und Mobilisierung, sondern auch eine Zeit, in der strategische Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden müssen. Diese Entscheidungen können nicht *bottom-up*, sondern müssen *top-down* getroffen werden: Botschaften müssen eng aufeinander abgestimmt sein, der Wahlkampf muss orchestriert sein. Dafür braucht es ein klares strategisches Zentrum, das aus wenigen, bestens miteinander vertrauten Personen besteht. Offenheit und die Bereitschaft und Fähigkeit, schnell zu agieren und zu reagieren, müssen gewährleistet sein. Zudem ist ein Wahlkampf für die Spitzenkandidierenden eine immense körperliche wie geistige Anstrengung, wofür sie Rückendeckung und -stärkung benötigen. All das kann letztlich nur ein enger Kreis von Vertrauten leisten.

Ein solches Zentrum zu etablieren, ist im Wahlkampf vor der Abgeordnetenhauswahl 2021 gelungen. Das strategische Zentrum war physisch im Kurt-Schumacher-Haus angesiedelt und bestand aus dem engsten Vertrautenkreis von Franziska Giffey. Auch die Auswahl und Steuerung der externen Agentur ist dort gut gelungen. Bei der Agenturauswahl wurde der Spitzenkandidatin ausreichend „Beinfreiheit“ eingeräumt, denn in erster Linie ist sie es, die sich mit der werblichen Kommunikation wohlfühlen muss. Insgesamt lief die Zusammenarbeit zwischen Kandidatin, Team und Agentur 2021 weitestgehend reibungslos.

Als strategisches Zentrum muss dieses Team allerdings auch nach innen, also in die Partei hinein anschlussfähig sein oder zumindest werden. Es gilt, den schmalen Grat zwischen der Schaffung neuer Strukturen und deren Anschlussfähigkeit an das Bestehende zu finden. So erfolgreich die Etablierung eines Zentrums 2021 war, so ist dieser integrierende Punkt nicht optimal gelungen: Die bestehenden Strukturen im Kurt-Schumacher-Haus hätten besser eingebunden werden können, ja müssen. Dort sitzen erfahrene Mitarbeiter*innen, die bereits an vielen Wahlkämpfen in der Vergangenheit beteiligt waren. Sie kennen die Standardarbeitsprozesse in einem Wahlkampf, sie kennen die Stadt, sie haben Netzwerke zu relevanten Akteur*innen (etwa Journalist*innen) und sie kennen vor allem die Partei. Sie wissen, welche Abteilung wie tickt und an welchen Stellen es haken könnte. Nicht zuletzt sind sie eine wertvolle Arbeitsressource, die jedoch an vielen Stellen nicht effizient eingebunden war. Sicherlich hatte auch der gesundheitsbedingte Ausfall der damaligen Landesgeschäftsführerin zu einigen „Verstolperungen“ geführt, die eine gelingende Zusammenarbeit des „UFOs um Franziska herum“ mit dem „alten“ Team des KSHs erschwert haben.

Im Ergebnis jedenfalls ist es 2021 nur bedingt gelungen, aus dem strategischen Zentrum rund um Franziska Giffey und den bestehenden Strukturen ein schlagkräftiges, geeintes Team zu machen. Die Interviews erwecken mitunter den Eindruck, dass man sich gegenseitig kritisch beäugte. Auch die Mitgliederbefragung fördert an vielen Stellen, wenn es um Landespolitik und die dortigen Strukturen geht, viel Misstrauen zutage – gerade auch bei Leuten, die in der Partei ein Amt innehaben. Für weitere Wahlkämpfe ist es sehr zu empfehlen, dass aus „den beiden Teams“ schnell EIN Team wird, das sich wertschätzt, einander vertraut und transparent relevante Informationen und Entscheidungen miteinander teilt und auch entsprechend in die Partei hineinwirkt. Gerade dem Landesgeschäftsführer kommt hier für zukünftige Wahlkämpfe eine zentrale Scharnierfunktion zu. Wertschätzung muss allen Beteiligten aber auch von den Spitzenkandidierenden entgegengebracht werden – vom Tag der Entscheidung, wer Spitzenkandidierende*r wird, bis zum Ende des Wahlkampfes.

Ehe wir zu den einzelnen Themen kommen, sei noch ein letzter struktureller Punkt erwähnt: Die Art, wie politische Kommunikation betrieben wird, hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Wahlkämpfe

werden dynamischer, Social Media-Kommunikation nimmt eine immer wichtigere Rolle ein. Diese Trends werden sich fortsetzen. Kommunikation und damit auch politische Kommunikation wird sich in den nächsten Jahren rasant weiterentwickeln. Die Mitgliederbefragung zeigt: Auch um die Informationsbedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen, ist eine schnelle, zielgerichtete interne Kommunikation nötig und sinnvoll. Ob das KSH für Wahlkämpfe in diesen Zeiten ideal aufgestellt ist und inwiefern man hier nachsteuern muss, sollte kritisch geprüft werden. Auch hier liegt eine der zukünftigen Herausforderungen des Landesgeschäftsführers: Eine moderne, schlagkräftige Partei- und Wahlkampfzentrale auf der Höhe der Zeit zu organisieren.

Die Themen des Wahlkampfes: Die 5 B's

In Umfragen sagen Bürger*innen gerne, dass sie „nach Themen“ entscheiden. Was so einfach klingt, erweist sich bei genauerer Betrachtung als komplexes Unterfangen. Themen bieten eine Vielzahl von Ansatzpunkten, aber auch Herausforderungen sowohl für Bürger*innen als auch Parteien. Es fängt bei den einfachen Fragen an: Welche Themen? Woran sollen Menschen denken, wenn sie ihr Kreuzchen in der Wahlkabine machen? Hinzu kommt: Die Themenagenda unterliegt natürlich nur zum Teil der Kontrolle von Parteien; sie wird in weiten Teilen extern bestimmt. Gleichwohl eröffnet gerade eine eigene Kampagne auch Möglichkeiten des Agenda-Settings. Selbst bei extern bestimmten Themen gibt es Möglichkeiten, durch eine bestimmte Brille auf solche Themen zu schauen, oder anders formuliert: Themen zu „framen“. Dies führt zum zweiten Punkt: Bezogen auf ein bestimmtes Themenfeld stellt sich die Frage für Parteien wie auch für Bürger*innen: Welche Position wird eigentlich gewünscht und vertreten – eine linke oder eine rechte Position? Eine neue oder eine altbekannte Position? Gerade bezogen auf letzteres gilt es dabei für Parteien zu bedenken: Was hat die Partei eigentlich in der Vergangenheit vertreten, versprochen und gemacht? Wie ist es um Kompetenzzuschreibungen und Glaubwürdigkeit bestellt?

Blickt man auf die Berliner Themenagenda der jüngeren Vergangenheit, so findet sich dort mit Ausnahme der Corona-Jahre kein dominantes Thema. Natürlich gibt es „Dauerbrenner“, etwa die wirtschaftliche Lage und Entwicklung. Insgesamt aber finden sich weder über Zeit noch über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg dominante Themen, die die Stadt umtreiben. In Umfragen wird daher häufig in eher diffuser Weise danach gefragt, ob Parteien „Dinge voranbringen können“ oder „die Richtung stimmt“. Parteien und Kandidat*innen brauchen demnach einen Zugriff auf die Themenlage, der übergreifend funktioniert und verschiedene Dinge absorbieren kann – wobei natürlich zur Schaffung von Glaubwürdigkeit Dinge auch sehr konkret hinterlegt werden müssen.

Überträgt man diese Überlegungen auf die Situation der Berliner SPD, so ergeben sich daraus verschiedene Ableitungen. Der Wahlkampf ist zwar eine besondere Zeit der Sichtbarkeit für Parteien und Kandidierende, aber er existiert nicht im luftleeren Raum. Das gilt in besonderer Weise für eine Partei, die schon lange Zeit Regierungsverantwortung trägt, erst recht als stärkste Kraft. Auch wenn Wähler*innen im Detail nur sehr wenig über politische Maßnahmen oder politische Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten wissen, so haben sie doch – im oben skizzierten „diffusen“ Sinne – ein „Bauchgefühl“ dafür, ob eine Partei „gute Ideen“ hat, sich selbst treu bleibt, Dinge vorangebracht hat oder aber Themen „nur“ für einen Wahlkampf zu setzen versucht, die aber mit längeren Linien wenig zu tun haben.

Schon rund um die Wahl 2016 war die Ausgangslage diesbezüglich ambivalent. Hohen Zustimmungsraten zu einer Aussage wie „Berlin hat sich alles in allem in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt“ oder auch positiven Wahrnehmungen der wirtschaftlichen Entwicklungen in der Stadt stehen ebenso hohe

Zustimmungsraten zu „Die Stadt Berlin lässt viele Chancen liegen, die sich ihr bieten“ oder „Egal wer regiert – keine Partei kriegt die Probleme Berlins in den Griff“ gegenüber. Diese Ambivalenzen zeigen sich auch konkret, wenn es um die Berliner SPD geht, denn auch hier finden sich gleichzeitig mehrheitliche Zustimmungen zu (sich widersprechenden) Aussagen wie „Bei der SPD weiß man im Moment nicht, wofür sie inhaltlich steht“, „Die SPD hat es in den vielen Jahren an der Regierung nicht geschafft, die wirklichen Probleme anzupacken“, aber auch „Die SPD hat gute Ideen für die Entwicklung der Stadt“.⁷

Ein solch ambivalente Lage bietet Chancen und Gefahren zugleich; schaut man sich allerdings die Werte rund um die Abgeordnetenhauswahl 2021 an, muss man wohl konstatieren, dass die Chancen nicht genutzt wurden. Eine insgesamt positive Entwicklung in Berlin nahm 2021 nur noch eine Minderheit von 34 Prozent wahr (was einem Minus von 31 (!) Prozentpunkten im Vergleich zu 2016 entspricht); auch die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung war ins Negative gekippt. Der Berliner SPD trauen noch 27 Prozent der Menschen zu, „die wichtigsten Aufgaben in Berlin zu lösen“, wobei zugleich 48 Prozent der befragten Berliner*innen bezogen auf den Bund sagen: „Ich traue der SPD zu, Deutschland gut in die Zukunft zu führen“. 2021 fallen Wahrnehmungen von Bund und Land hier deutlich auseinander. Gerade mit Blick auf die Wiederholungswahl, die 2023 folgen sollte, deutet sich hier schon an, dass das Berliner Wahlergebnis 2021 vom Kontext und der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl geprägt war und letztlich profitierte, was das Ansehen der SPD, aber auch die Mobilisierung betraf. Der Bund zog Berlin 2021 hoch.

Schauen wir im nächsten Schritt etwas genauer auf die Themenlagen. Die Wahl 2016 stand noch stark unter dem Eindruck der Flüchtlingssituation – für 44 Prozent der Berliner*innen war dies das Topthema, gefolgt von „Wohnungsmarkt/Mieten“ (30 Prozent) und „Schule/Bildung“ (23 Prozent).⁸ Diese Themenlage hatte sich zur Wahl 2021 deutlich verändert: Das Thema „Wohnungsmarkt/Mieten“ stand nun an der Spitze (51 Prozent), gefolgt von Verkehr (38 Prozent) und gleichauf „Klimaschutz/Umwelt“ und „Schule/Bildung“ mit je 16 Prozent. „Corona“ dagegen spielte, nachdem es die Monate zuvor dominiert hatte, praktisch keine Rolle mehr.⁹

Diese Themenlage im Wahljahr 2021 war für die SPD nicht unproblematisch. Zwar wurde die SPD immer noch als die Partei wahrgenommen, der die meisten Menschen in Berlin die Lösung der Zukunftsprobleme zutrauten; zugleich aber waren es nur noch 23 Prozent – CDU und Grüne waren der SPD dicht auf den Fersen.¹⁰ Zudem stand mit dem Thema „Wohnungsmarkt/Mieten“ ein Thema an der Spitze, mit dem die SPD Schwierigkeiten hatte. Hier ist nicht der Ort, um sich länglich über die Spannungsverhältnisse zwischen direkter und repräsentativer Demokratie auszulassen – aber hier zeigten sich diese Spannungen deutlich. Der Volksentscheid war ja letztlich auch Ausdruck der Unzufriedenheit vieler Bürger*innen mit der Berliner Politik in diesem Bereich, entsprechend schwer tat sich die SPD als führende Regierungspartei in ihrer Positionierung zur konkreten Frage des Volksentscheids.

Und unter dem Stichwort „Positionierung“ war das Thema noch aus einem zweiten Grund relevant: Es ist – nicht zuletzt in der Begrifflichkeit der „Enteignung“ – ein „linkes“ Thema. Während es entsprechend für die

⁷ Alle Aussagen entnommen aus Infratest dimap: WAHIREPORT Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016, Berlin 2016.

⁸ Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 18. September 2016, Mannheim 2016; dies bildet auch die Quelle für alle Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen zur Wahl 2016.

⁹ Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 26. September 2021, Mannheim 2021; dies bildet auch die Quelle für alle Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen zur Wahl 2021.

¹⁰ Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 26. September 2021, Mannheim 2021.

Partei „Die Linke“ leicht war, sich zu positionieren, war es für die SPD eher schwer. Traditionell gilt die SPD Berlin als die Partei der linken Mitte. Aber Franziska Giffey galt vielen Wähler*innen (aber gerade auch Genoss*innen) als pragmatisch bis rechts. Dieser „Mismatch“ konnte nur dadurch gelöst werden, dass der Wahlkampf letztlich die Spitzenkandidatin in den Mittelpunkt der Kampagne rückte. Eine starke Personalisierung schien ohnehin unumgänglich, da in der Partei die Hoffnung vorherrschte, dass sie als bekannte Politikerin als Zugpferd der Kampagne funktionieren würde.

Eine personalisierte Kampagne zu fahren, bedeutet dann aber eben auch, dass die Themen vor allem zur Person passen müssen. Daher war es grundsätzlich richtig, dass Franziska Giffey auch an dieser Stelle die nötige Beinfreiheit erhielt, „ihre“ Themen im Wahlkampf zu setzen. Gleichwohl muss man schlussendlich festhalten, dass die richtige Balance nicht gefunden wurde. Viel Neues wurde gesetzt, aber dabei das Parteiprogramm und früheres Regierungshandeln zu stark aus den Augen verloren. Im Wahlkampf 2021 ergaben sich letztlich eklatante Brüche, die es Wählenden nicht leicht gemacht haben, die SPD und Franziska Giffey zu lesen und ihnen ihr Vertrauen auszusprechen.

Die 5 B's sollten letztlich die Klammer sein, die alles zusammenhält. Zuspitzung und Wiederholung sind essenziell, da sich die wenigsten Menschen intensiv genug mit Politik befassen, um komplexe Zusammenhänge sofort verstehen und verinnerlichen können. Wahlkampf ist keine Zeit für Differenzierung. Erst wenn *„man uns im Wahlkampf um 3 Uhr nachts wecken kann und wir unsere paar Zeilen aufsagen können, hat es der Wähler auch verstanden. Wenn überhaupt.“* Das war im Berliner Wahlkampf 2021 nochmals besonders nötig: Der Wahlkampf 2021 fiel noch in die Ausläufer der Corona-Pandemie, zugleich prägte natürlich der parallele Bundestagswahlkampf die politische Agenda. Vor diesem Hintergrund war die Idee, die wichtigsten Versprechen und Wahlkampfthemen *„an einer Hand abzählen zu können“* grundsätzlich gut. *„5 Dinge hat ja jeder. Das kann sich jeder merken.“*

Doch dass diese Idee am Ende aufging, muss bezweifelt werden. So war von den 26 Gesprächspartner*innen nur eine Person in der Lage, sich an die 5 B's korrekt zu erinnern. Nun liegt der Wahlkampf 2021 bereits mehr als zwei Jahre zurück (und ein weiterer Wahlkampf liegt schon dazwischen), aber zugleich sind alle 26 Gesprächspartner*innen der SPD und ihrem Wahlkampf in besonders intensiver Weise verbunden. An den „Respekt“-Wahlkampf von Olaf Scholz konnten sich alle erinnern. Entsprechend wurde wiederholt auch Skepsis geäußert: *„Vielleicht ist 5 einfach auch sehr viel. Ich schaffe es kaum, mir 5 Dinge zu merken, wenn ich ‚Ich packe meinen Koffer‘ mit Kindern spiele.“* Die Kritik geht aber auch darüber hinaus: *„5 B's sind natürlich sehr viel, aber die waren halt auch einfach sehr konstruiert und austauschbar. War es jetzt ‚Bärenstarke Wirtschaft‘ und ‚Beste Bildung‘ oder umgekehrt?“ / „Es hat nichts mit der Zahl 5 zu tun, wobei ich immer Verfechter von höchstens 3 Themen bin. Aber der eigentliche Grund ist, dass es beliebig war. Nicht hergeleitet, keine Vision für die Stadt. Keine Überschrift.“*

Bauen

2021 stand das Thema „Wohnungsmarkt/Mieten“ auf Platz 1 der Berliner Agenda. Die Dringlichkeit dieses Themas wurde nicht zuletzt durch den erfolgreichen Volksentscheid zum Thema „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ unterstrichen. An diesem Thema kommt eine führende, noch dazu sozialdemokratische Regierungspartei nicht vorbei. Zugleich unterstreicht aber gerade dieses Thema das Dilemma für die SPD: Das Thema „Bauen“ ist für die Berliner SPD alles andere als ein Selbstläufer, war sie doch lange genug in der Verantwortung für das entsprechende Ressort. Mit Michael Müller wurde sogar der vormalige

Stadtentwicklungssenator zum Regierenden Bürgermeister gewählt, in dessen Amtszeit auch der Volksentscheid zur Randbebauung des Tempelhofer Felds und der gescheiterte Mietendeckel fallen.

Hinzu kommt, dass dieses Politikfeld einige Besonderheiten aufweist: Es birgt erhebliches Polarisierungspotenzial (Mieter*innen vs. Vermieter*innen), zudem sind die Probleme des Wohnungsmarkts in der Regel sehr akut (Knappheit, Höhe der Mieten), während zumindest die Lösung „Bauen“ nur mittelfristig greift – wenn überhaupt. *„Die Leute sprechen mich am Wahlkampfstand an und sind verzweifelt. Sie brauchen eine sofortige Entlastung und alles, was ich ihnen geben kann, sind Worthülsen.“*

Für eine klare und frühzeitige Unterstützung des Volksentscheids hat sich aus dem Berliner Senat heraus nur die Linke entschieden; Grüne und SPD taten dies nicht. Der schwierige Umgang mit einem erfolgreichen Volksentscheid warf seine Schatten bereits voraus. All dies führte schließlich zu einer Situation, in der der SPD zumindest bei Infratest dimap nicht mehr die größte Kompetenz in diesem Politikfeld zugeschrieben wurde, sondern tatsächlich – wenn auch nur knapp – den Linken.¹¹

Dass Franziska Giffey dieses Thema trotzdem zur Cheffinnensache erklärt hat, obwohl es der SPD in den letzten Jahren offensichtlich nicht gelungen war, für eine fühlbare Entspannung und Erleichterung für die Bürger*innen zu sorgen, ist zumindest verwunderlich. Franziska Giffey versprach den Berliner*innen, dass sie durch Neuzugezogene nicht verdrängt würden – ein edles Versprechen, das aber wenig glaubwürdig erschien. Der Bau neuer Wohnungen, auch durch landeseigene Wohnungsunternehmen, war keine neue und erst recht keine bewährte Idee, die für Entspannung am Berliner Wohnungsmarkt sorgt. Die Ausweisung von Milieuschutzgebieten mag sinnvoll sein – zusätzlichen Wohnraum schafft sie jedoch nicht. Zudem zählten weder das Themenfeld insgesamt noch speziell die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu den wahrgenommenen Kernkompetenzen Giffey. Das Thema ergab sich auch weder aus ihrer Tätigkeit als Bezirksbürgermeisterin in Neukölln, noch aus ihrer Tätigkeit als Bundesfamilienministerin in stringenter Art und Weise. In Kombination mit ihrer ablehnenden Haltung zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, so schlüssig sie auch gewesen sein mag, blieben die Spitzenkandidatin und ihre Kampagne den Wähler*innen schlussendlich im gesamten Wahlkampf eine glaubhafte Antwort, wie sie dem Problem der Gentrifizierung und der (Un-)Bezahlbarkeit von Wohnraum begegnen wollten, schuldig.

Das Themenfeld ist letztlich ein prototypisches Beispiel dafür, wie sich langjährige Regierungsverantwortung mit einer neuen Spitzenkandidatin mit anderen Akzenten zu einem unheilvollen Gesamtbild von Verantwortung für Missstände und geringer Glaubwürdigkeit verdichten können. Im Wahlprogramm der Berliner SPD findet sich unter dem Punkt Wohnen auch die Forderung, dass der ÖPNV ausgebaut werden solle – bezogen auf den U-Bahn-Ausbau ein weiteres Beispiel dafür, wie eine solche Forderung Umsetzungsdefizite der Vergangenheit ins Rampenlicht rückt – unabhängig vom politischen Willen und den Gründen für das Scheitern. Das Versprechen, Rad- und Fußwege auszubauen, mag dem Verkehrskonzept insgesamt einen ganzheitlichen Anstrich geben, vermag aber nichts daran zu ändern, dass Franziska Giffey und ihre Partei im Wahlkampf eher als Partei der Autofahrenden wahrgenommen wurden, auch weil sie ihre Hauptzielgruppe in den eher auf Autos angewiesenen Außenbezirken vermuteten.

Einerseits werden die Themen „Wohnen“ und damit zusammenhängend auch „ÖPNV“ eher als „heiße Kartoffel“ gesehen, an der sich niemand die Finger verbrennen will, andererseits wurde das Bauen eines der

¹¹ Infratest dimap: WahlREPORT Abgeordnetenhauswahl Berlin 2021, Berlin 2021; die Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF sehen die SPD bei der Kompetenz im Bereich „Wohnungsmarkt/Mieten“ dagegen noch leicht vor den Linken.

5 B's. Insgesamt entstand der Eindruck, der Berliner SPD mangle es an Ideen, um der Problematik effektiv zu begegnen. Statt innovativer Konzepte wurde das jahrzehntealte Mantra vorgetragen, bezahlbarer Wohnraum sei wichtig, ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik und der derzeitige Wohnungsmarkt sei sozial ungerecht. Glaubwürdig hinterlegt wurde dafür aber wenig – vielmehr brachten der Volksentscheid und der Umgang damit eher das Gegenteil ans Licht, nämlich „eine Kommission“.

Eine langfristige Vorbereitung des Themas – eine rote Linie – ist schwerlich zu erkennen; eine Idee, wie etwa mit dem Tempelhofer Feld zukünftig umgegangen werden soll, fehlt gänzlich. *„Irgendwas hätte sie machen müssen. Aber sie hatte einfach keine Idee. Oder kannst Du Dich an etwas erinnern, was Du hier mit ihr verbindest? Und sei es die Bebauung des Tempelhofer Feldes. Sie hätte sagen müssen ‚Ich stehe hier, ich kann nicht anders. Wir brauchen 30.000 Wohnungen im Jahr und das Tempelhofer Feld hat ein Potenzial von 250.000 Wohnungen. Und dann ist nur der Rand bebaut.‘ Und dann hätte sie das einfach kühl durchgespielt. [...] So hätte man ja auch die Grünen ärgern können, statt sich auf deren Friedrichstraßenspiel einzulassen.“ / „Wir haben Angst vor Volksentscheiden. Wir wissen nicht, wie wir damit umgehen sollen, dass Menschen Forderungen stellen, die so nicht umsetzbar sind. [...] Aber wir trauen uns auch nicht, uns damit auseinanderzusetzen. Die Menschen werden ja immer unzufriedener. Wir müssten uns damit mal intellektuell auseinandersetzen. Manchmal glaube ich, wir haben Angst vor unseren eigenen Wählern.“*

Das Ressort wurde nach der Wahl 2021 erneut mit einem Sozialdemokraten besetzt, der auf diesem Themengebiet kein unbekannter Politiker ist, sondern vielmehr bereits in der Vergangenheit dafür zuständig war. Die Berliner*innen sahen in der Vergangenheit keine Verbesserungen, warum sollten sie dann in der Zukunft ihre Karte auf die Berliner SPD setzen? Die Frustration wurde auch in den Interviews deutlich: *„Ich kann das nicht mehr hören – Wohnen ist ein Ressort, da kümmern sich die einen drum. Die denken aber nicht darüber nach, wie die Leute von ihrer Wohnung zur Arbeit kommen sollen. Das machen wieder andere. Und dann habe die Leute ja auch noch Kinder, müssen mal zum Arzt, wollen mal ins Kino oder ins Konzert. Da sitzen wieder andere dran. Das Leben ist aber nicht in Regierungsressorts eingegliedert. Aber mal alles zusammendenken tun wir nicht.“*

Der Berliner SPD ist dringend angeraten, ein Konzept zu erarbeiten, wie diesem drängenden Problem begegnet werden kann – und zwar mit einem glaubhaften, holistischen Konzept: Wohnen kann nicht ohne Infrastruktur – besonders Mobilität – gedacht werden. Niemandem nützt bezahlbarer Wohnraum, wenn die Arbeitsstätte kaum zu erreichen ist, weil sie am anderen Ende der Stadt liegt. In Wohnbezirken braucht es Kitas und Schulplätze, lebendige Kieze und medizinische Infrastruktur. Wenn dies nicht gelingt, werden Verteilungsfragen immer relevanter und die SPD als Garantin für sozialen Ausgleich und Frieden wird ausfallen.

Bildung

„Bauen“ ist ein schwieriges Thema – aber noch brisanter ist das Thema Bildung. Landespolitiker*innen aller Orten können ein Lied davon singen, dass der schulische Kontext immer wieder Potenzial für Eltern und Kinder bereithält, negative Erfahrungen zu machen, die sich im Wahlkampf politisieren lassen. Auch in Berlin ist das Thema seit langem ein „Unzufriedenheitsthema“ – und ein Themenfeld, das seit langem in der Verantwortung der Berliner SPD liegt. Die Corona-Pandemie hat diese Muster nochmal verschärft und viele

Menschen empört: Um die Digitalisierung an Schulen stand es noch schlechter als um funktionsfähige Schultoiletten.¹²

In den Interviews wurde immer wieder darauf verwiesen, dass die Berliner SPD in den letzten Jahren sehr wohl erfolgreiche Bildungspolitik gemacht habe. Gerade der Aspekt der Kostenfreiheit wurde immer wieder betont. Doch dafür erntete die SPD in der Berliner Stadtgesellschaft offenkundig nur bedingt Lob. Möglicherweise sehen Wähler*innen es ähnlich wie ein führender Sozialdemokrat: *„Weil wir bewiesen haben, dass wir Bildung nicht können, reden wir daran vorbei: Kostenlose Schulbücher, kostenloses Schülerticket. Das ist gut, aber eigentlich machen wir es nur, um von unserer Inkompetenz abzulenken.“* 2016 und 2021 liegt die SPD zwar in entsprechenden Kompetenzfragen zu Schule und Bildung bei Infratest dimap wie auch der Forschungsgruppe Wahlen noch vorne; allerdings mit eher bescheidenen Werten (2016: 25 Prozent, 2021: 24 Prozent) und ohne allzu deutlichen Vorsprung vor der Konkurrenz.

Auch wenn das Thema „Bildung“ insgesamt nicht auf Platz 1 der Themenagenda 2021 stand, so sorgen sich Eltern trotzdem um die Qualität der Bildung, die insgesamt als unzureichend wahrgenommen wird. Der lange Schulausfall während der Corona-Pandemie hat diese Sorge eher noch vergrößert. Berlin landet laut Bildungsmonitor 2023¹³ auf dem vorletzten Platz vor dem ebenfalls SPD-regierten Bremen. Die Versprechen im Wahlkampf, Digitalisierung an den Schulen voranzubringen, Erziehungsberufe aufzuwerten und für saubere und funktionierende Schulgebäude zu sorgen, reichte nicht aus, um Wähler*innen zu überzeugen.

Auch innerhalb der SPD gibt es Unbehagen bezogen auf die Bildungspolitik der zurückliegenden Jahre. Proaktiv wollen zumindest nicht alle das Thema angehen und im Wahlkampf offensiv thematisieren. *„Damit können wir nur Wahlen verlieren.“* Doch selbst wenn das Thema kein Gewinnerthema im Wahlkampf ist, so muss sich eine führende Landespartei diesem Themenfeld stellen. Kosten(-freiheit) ist dabei eine wichtige Säule, aber man darf auch den Qualitätsaspekt nicht ignorieren, wenn man die Interessen der Berliner*innen insgesamt im Blick behalten will. Als langjährig führende Regierungspartei hilft dabei auch an dieser Stelle kein Verantwortungsmanagement: Verweise auf einzelne Bezirke, die maßgeblich für das Abrufen und die Verteilung von finanziellen Mitteln besonders im Gebäudebereich verantwortlich sind, mögen faktisch richtig sein, helfen in einer Wahlkampfsituation aber nicht. Sie interessieren Bürger*innen letztlich nicht, die an Lösungen interessiert sind und einen Senat auch genau daran messen. Eine weitere Option bot sich ebenfalls nicht: Michael Müller hatte als Regierender Bürgermeister das Thema Bildung auch stark aus der Perspektive von Wissenschaft und Forschung betrachtet und offensiv eine Vision für den Wissenschaftsstandort Berlin entwickelt; eine Anknüpfung daran schied allerdings bei Giffey aus.

Bauen und Bildung sind somit zwei B's, die im Endeffekt eher Belastungen als Boni waren. Und ein Aspekt kam bei der Bildung noch hinzu: Corona hatte gerade Familien hart getroffen und in Form von Kita-Schließungen oder *Home Schooling* massiv belastet. Auch dies war in den Köpfen vieler Menschen mit der Spitzenkandidatin verknüpft. Dass dies ihrem Amt als Familienministerin und nicht ihrem Agieren als Spitzenkandidatin geschuldet war, ändert daran nichts. *„Meine Frau hasst Franziska. So wie ihre Freundinnen. Sie hat uns Familien und besonders die Frauen während Corona im Stich gelassen. Das verzeihen sie ihr nicht.“*

¹² <https://germantoilet.org/de/schulen/toiletten-machen-schule-studie>, siehe auch <https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/downloads/> Investitionsprogramm des Landes Berlin für die Jahre 2022-2026.

¹³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201453/umfrage/gesambewertung-der-bundeslaender-beim-bildungsmonitor/>

Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

Und dann hören sie ‚Beste Bildung‘ und können nur hysterisch lachen. Ich habe sie deshalb auch nicht wählen können, dabei bin ich Genosse.“

Beste Wirtschaft

Die wirtschaftliche Lage ist in Wahlkämpfen ein Dauerbrenner („*It’s the economy, stupid!*“ hieß es legendär im Clinton-Wahlkampf 1992). Und wirtschaftliche Entwicklungen definieren häufig auch die Ausgangslage für Wahlkämpfe. So betrachtet stand der Wahlkampf 2021 zumindest unter einem weniger guten Stern als der Wahlkampf 2016, denn die wirtschaftliche Lage hatte sich aus Sicht der Bevölkerung verschlechtert. Zudem war die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Berlin als Grundpfeiler des Wohlstands in Berlin gerade nach der Corona-Pandemie ein wichtiges Themenfeld – allerdings auch eines, in dem der CDU traditionell besondere Kompetenz zugeschrieben wird.

Aber zur Spitzenkandidatin passte das Thema durchaus. Giffey's Auftreten – oftmals von den linken Genoss*innen (und den Grünen) belächelt – ist eher konservativ. Es erinnert eher an das Auftreten einer CDU'ler*in als an das einer Linken. *„Wenn man sie sieht, glaubt man ja nicht, dass sie zu unserem Verein gehört.“ / „Sie macht ja auch optisch keinen Hehl daraus, konservativ zu sein.“* Auch wenn es natürlich kein Automatismus ist, dass konservatives Auftreten mit guter Wirtschaftspolitik einhergeht, so ist die Idee nachvollziehbar, an diese Konnotation anzuknüpfen. Aber: *„Dann muss aber auch was kommen. Auftreten alleine reicht nicht.“* Es fehlte *„der intellektuelle Überbau, den bestimmte Wählermilieus brauchen“*. Eine dieser Überlegungen war der Ausbau der gemeinsamen Innovations- und Clusterstrategie (innoBB 2025) mit Brandenburg. Hier hätte man *„zeigen können, dass man eine Zukunftsvision für Berlin hat, die Berlin ausstrahlen lässt in prosperierende Regionen auch um die Stadt herum. Auch weil die Verdichtung hier auch immer mehr Probleme mit sich bringt. So hätte man Zukunft besetzen können. Aber darüber wurde nicht mehr gesprochen. Das wurde höchstens rudimentär umgesetzt.“*

Im Wahlprogramm steht das Thema Arbeit nach dem Thema Wirtschaft, inklusive aller Unterpunkte, wie der besseren Zusammenarbeit der Verwaltung, um sich als Partner der Berliner Wirtschaft zu positionieren. Bereits im ersten Abschnitt wird hier auf die Bundesebene verwiesen, auf der man sich für wirksame betriebliche Mitbestimmung einsetze. Im zweiten Abschnitt wird die Idee einer „Task Force“ präsentiert. Eigenständige und effektive Konzepte zur Verbesserung der Situation von Berliner Arbeitnehmer*innen werden kaum benannt oder mit Nachdruck vorgetragen. Und so ist möglicherweise zu erklären, warum sich das vergleichsweise hohe Spendenaufkommen aus der Berliner Wirtschaft für den Wahlkampf nicht in Wähler*innenstimmen von Berliner Arbeitnehmer*innen übersetzte. *„Wirtschaft hat zwar zu ihr [Franziska Giffey] gepasst, aber wir müssen uns doch um die Arbeitnehmer*innen kümmern, nicht um den big boss. Geht um Arbeitsplätze, logisch. Aber es geht auch um gute Arbeit.“ / „Vielleicht haben wir schlicht nicht erklärt, was das meint.“ / „Das war eine Anbiederung an die CDU.“*

Und so stellen sich auch bei diesem Themenfeld insgesamt die gleichen Fragen: Was passt wozu? Dies gilt für Partei und Person, aber natürlich gab es auch eine zeitliche Komponente: *„Klaus [Wowerit] hatte den Kulturstandort im Blick, Michael [Müller] hat sich den Wissenschaftsstandort ausgesucht, Franziska [Giffey] dann den Wirtschaftsstandort. So kann man Themen nicht langfristig durchdeklinieren, es wird nicht angeknüpft. Man müsste Themen mal langfristig vorbereiten und nicht von Blume zu Blume fliegen. Das merken die Leute doch.“*

Bürgernahe Verwaltung¹⁴

2016 und 2021 stimmten jeweils zwei Drittel der Berliner*innen in den Umfragen von Infratest dimap der Aussage zu: „Nach meinem Eindruck hat Berlin eine unfähige Verwaltung“; 2023 stimmten gerade einmal 18 Prozent der Aussage zu „In Berlin kann man sich auf die öffentliche Verwaltung verlassen.“ Ob gerechtfertigt oder nicht, sei an dieser Stelle dahingestellt, aber das (Nicht-)Funktionieren der Berliner Verwaltung hat sich als Stereotyp in den Köpfen vieler Menschen innerhalb wie außerhalb Berlins festgesetzt. BER, LAGeSo, Wiederholungswahl – Anlässe dafür hat es immer wieder gegeben. Vor diesem Hintergrund eines der kostbaren 5 B's für dieses Thema zu ver(sch)wenden, das nicht aus sich heraus zu den Top-Themen auf der Wahlkampfagenda gehörte, war mindestens mutig. Dieses B hat auch bei vielen Gesprächspartner*innen eher für Kopfschütteln gesorgt „Das passt ja schon sprachlich nicht.“

An diesem Thema zeigt sich besonders, wie schwierig es ist, nach einer längeren Regierungszeit als neue Spitzenkandidatin eigene Akzente erfolgreich setzen zu können. Es schwingt immer unweigerlich mit, dass es der vorherigen SPD-geführten Regierung nicht gelungen ist, Berlins Verwaltung effizient zu gestalten. „Wenn wir eine funktionierende Verwaltung versprechen, sagen wir doch, dass sie vorher nicht funktioniert hat.“ / „Das meinte ich mit langen Linien. Das glaubt uns doch keiner. Warum sollten wir es mit Giffey schaffen, wenn wir es doch angeblich vorher versemelt haben?“ Und so haben einige Gesprächspartner*innen auch vermutet, dass es hier weniger um ein Wahlversprechen an die Berliner*innen ging als um eine Distanzierung vom Vorgänger. „Zu sagen, wir müssen jetzt endlich mal was Funktionierendes hinbekommen, war einfach nur ein Seitenhieb auf Müller. Das habe ich damals nicht so gesehen, das verstehe ich erst jetzt.“ / „Darin sind wir Spitzenklasse: Schlechtreden, was andere Sozialdemokraten gemacht haben. Loben ist keine sozialdemokratische Disziplin. Und schon gar keine Disziplin, in der Franziska besonders punktet.“ Andere sahen darin eher den Versuch, sich verschiedene Koalitionsoptionen offen zu halten. „Wirtschaft war Anbiederung an die CDU, Verwaltung und Digitalisierung an die FDP. Sie wollte sich halt alle Koalitionsoptionen offenhalten.“

Doch selbst wenn dieser Spagat – eine funktionierende Verwaltung zu versprechen, ohne die derzeitige Verwaltung als nicht funktionierend darzustellen – gelungen wäre, ist es fraglich, ob das als überzeugendes Wahlversprechen wirkmächtig genug gewesen wäre. „Das ist doch eine Grundvoraussetzung, dass 'ne Stadt funktioniert. Das ist doch kein Wahlversprechen.“ Und es setzt natürlich voraus, dass keine „Fehler“ mehr passieren, die erneut das Stereotyp bedienen, die Berliner Verwaltung funktioniere nicht, Berlin sei ein „failed state“. „Das ist zwar alles richtig, aber dann hat die Wiederholungswahl gezeigt, dass bei uns eben nicht alles funktioniert. Damit hat sie es Kai Wegner sehr leicht gemacht. Gut, hätte man ja nicht wissen können, dass wir 'ne Wahl wiederholen müssen.“

An dieser Stelle zeigt sich das Dilemma besonders deutlich. So nachvollziehbar das Bestreben neuer Akzentuierungen und Schwerpunktsetzungen ist, so träge und hartnäckig sind eben doch Wahrnehmungen, die sich über viele Jahre entwickelt und festgesetzt haben. Das Paket aus Partei, Person, Programm, aber auch Performance wirkte alles in allem nicht stimmig.

¹⁴ „Bärenstarke Verwaltung“ wurde im Wahlkampf durch „bürgernahe Verwaltung“ ersetzt. Auf den Kampagnenwebseiten findet sich aber bis heute „bärenstarke Verwaltung“.

Berlin in Sicherheit

„Sicherheit“ und „Ordnung“ sind zweifelsohne Themen, mit denen Franziska Giffey aufgrund ihrer Zeit als Bürgermeisterin im Bezirk Neukölln verbunden wird und bei denen sie auch sichtbare Spuren hinterlassen hat. Daran anzuknüpfen, erscheint sehr plausibel. Aber auch an dieser Stelle sind zwei Einschränkungen nötig: Das Leben in Berlin war laut Umfragen aus dem Jahr 2016 für rund die Hälfte der Befragten „unsicherer geworden“; 2023 sind die Einschätzungen zur Aussage „In Berlin sorgt die Polizei für Ordnung und Sicherheit“ ebenfalls gespalten. In den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen sagt 2016 wie 2021 jeweils mehr als ein Drittel der Befragten, dass sie sich durch Kriminalität bedroht fühlen, darunter insbesondere Frauen, ältere Befragte und Menschen mit formal niedriger Bildung – also Menschen, die für die SPD bei den Wahlen 2021 und 2023 sehr entscheidend waren. Die Situation in Berlin war demnach keineswegs so, dass das Thema „Sicherheit“ ein Selbstläufer im Wahlkampf gewesen wäre. Und hinzu kommt ein zweiter Punkt: Für Sicherheit und Ordnung zu stehen, wird aus Wähler*innensicht traditionell nicht mit der SPD in Verbindung gebracht, sondern eher mit (rechts-)konservativen Parteien. Seit vielen Jahren sind Kriminalität, Sicherheit und Ordnung eines der wenigen Themenfelder, in denen die CDU in Berlin die Kompetenzführerschaft hat.

Die Verknüpfung von innerer und sozialer Sicherheit ist ein Versuch der SPD, der schon häufig unternommen wurde, um das Thema zu „framen“. Auch das ist ein plausibler Schachzug, nämlich schwierige Themen durch eine Werteperspektive der Gerechtigkeit sozialdemokratisch aufzuladen. Allerdings ist der Versuch im Feld der Sicherheit zumeist gescheitert. Im Falle der Berliner SPD war das Vorgehen auch eher halbherzig, wenn man sich die zentralen Versprechen unter diesem Themenpunkt anschaut: Stärkung von Polizei, Ordnungsbehörden und Justiz, Schließen eines Sicherheitspakts für Berlin, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, Einrichtung eines Anti-Terror-Zentrums, Verbesserung der Ausstattung der Feuerwehr und Rettungsdienste, Initiieren eines Landespräventionsgesetzes, Schaffung sicherer Wege für Frauen. Erst auf den beiden letzten Plätzen folgten soziale Sicherheitskonzepte rund um Wohnungslosigkeit. *„Franziskas Law-and-Order-Wahlkampf mag in bestimmten Bezirken gut angekommen sein, aber bei mir im Bezirk haben wir da keinen Fokus drauflegen wollen. Das hätten auch meine Leute nicht mitgemacht. Die zeigen mir doch ‘nen Vogel.“ / „Immerhin ist sie [Franziska Giffey] jetzt nicht Innensenatorin geworden. Dann würde sie ja nur noch mit Uniform im Polizeiauto rumfahren.“ / „Im Vergleich zu anderen Metropolen ist Berlin eine sichere Stadt. Wir sind keine failed city.“*

Gleichzeitig offenbarten die Gespräche über diesen Wahlkampfaspekt die Zerrissenheit der Partei. Während die eher pragmatischen, konservativen Genoss*innen das Thema durchaus als zentral ansehen, weckt es Abwehrreflexe bei den eher linken Genoss*innen. *„Ich würde die Mitglieder arabischer Clans am liebsten abschieben, aber leider ist das nicht so einfach.“ versus „Wir müssen aufhören, Menschen abhängig von ihrer Herkunft zu beurteilen und einfach wieder den Menschen sehen. Ich fühle mich mit dem Rechtsruck der SPD nicht wohl. Es passt nicht zu unserer Idee einer weltoffenen Stadt.“*

Gerade dieses Thema zeigt, wie sehr die Partei gespalten ist und wie unversöhnlich sich die beiden Seiten gegenüberstehen. Ein ergebnisoffener Dialog mit der nötigen Offenheit, sich inhaltlich und sachlich mit den Argumenten der „Gegenseite“ auseinanderzusetzen, ohne sofortige Beißreflexe zuzulassen, scheint derzeit kaum möglich. Dabei wäre er für die Berliner SPD unbedingt zu empfehlen, um der inneren Spaltung der Partei entgegenzuwirken.

Die 5 B's sollten die inhaltliche Klammer des Wahlkampfs bilden, die alles zusammenhält. Was aber als Klammer gedacht war, entpuppte sich vielmehr als konstruierter Gemischtwarenladen, an dessen einzelne Inhalte sich kaum mehr jemand erinnern kann. Interessanterweise wurden in den Interviews immer mal wieder

einzelne positive Aspekte oder Errungenschaften von mehreren Akteur*innen für sich als Erfolg beansprucht. Für die 5 B's wollte niemand Urhebererschaft beanspruchen. Und so bleibt der Eindruck, sie seien der Feder der Spitzenkandidatin selbst entsprungen. Und das zeigt wiederum die fehlende Einbindung der Partei und die fehlende Auseinandersetzung mit langfristig vorbereiteten Themen. Eine neue, starke, unangefochtene Spitzenkandidatin mit hohen Glaubwürdigkeitswerten hätten diesen Kraftakt möglicherweise stemmen können. Aber 2021 ist dies nicht gelungen. Und dazu trugen auch die Umstände des Wechsels von Franziska Giffey von der Bundes- auf die Landesebene bei. Eine Plagiatsaffäre bedeutet häufig das Ende einer politischen Karriere, wie die Beispiele Karl-Theodor zu Guttenberg oder Anette Schavan zeigen. Das war bei Franziska Giffey anders: Sie trat noch vor dem offiziellen Entzug ihres Dokortitels als Bundesfamilienministerin zurück. Sie beendete damit aber nur ihre bundespolitische Karriere, denn kurz nach ihrem Rücktritt als Bundesministerin kehrte sie als Kandidatin in Berlin zurück. Das Übernehmen von Verantwortung (in Form des Rücktritts) wirkte so halbherzig und kalkuliert. Ob das am Ende Wähler*innenstimmen gekostet hat, lässt sich empirisch mangels Daten nicht prüfen.¹⁵ Die Interviews zeigen aber, dass sich parteiintern ein Image von Franziska Giffey verfestigt hat, sie sei „nicht aufrichtig“ / „nicht authentisch“. Sie sei „gut darin, ein Bild von sich zu inszenieren, aber sie macht nichts anderes als eben Bilder zu malen. Bilder sind aber nicht die Realität.“

Zudem gab es Versuche, die Vorwürfe im Wahlkampf 2021 zu reaktivieren, denn wenige Wochen vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus wurden Plagiatsvorwürfe rund um ihre Masterarbeit öffentlich. Jetzt kann man sich darüber empören, dass der Zeitpunkt dieser neuerlichen Vorwürfe „politisch gesteuert war“, man kann es „Sauerei“ nennen, „politisches Kalkül“, eine „Kampagne“, aber eines war es sicherlich nicht: Es war nicht „unvorhersehbar“. Solche Vorwürfe „kommen nicht dazwischen“, sondern darauf hätte man vorbereitet sein müssen. Aber einen Plan dafür gab es nicht. Und so blieb nur Aussitzen und zu den Vorwürfen schweigen. Dabei ist zu befürchten, dass das Thema in den Bezirken unterschiedliche Relevanz hatte. Während es in den Bezirken innerhalb des Rings kaum an Wahlkampfständen diskutiert wurde, wurde es in den Bezirken, in denen das klassische Berliner Bildungsbürgertum zuhause ist, durchaus thematisiert – ausgerechnet also in dem Milieu, auf das sich Franziska Giffey im Wahlkampf besonders konzentrieren wollte. Die weitere Skandalisierung blieb zwar aus, aber es machte einen ohnehin schon herausfordernden Wahlkampf nicht einfacher. Vor allem setzte es am zentralen Wert der Glaubwürdigkeit an, der ob der neuen Akzente der 5 B's so wichtig war.

Berlin ist Berlin. Bezirke und Bund spielen kaum eine Rolle

Darüber hinaus zeigen die 5 B's, dass ein Wahlkampf geführt wurde, der in keinerlei Hinsicht versuchte, an die parallel stattfindenden Wahlkämpfe etwa der Bundesebene anzuknüpfen – im Gegenteil: Was mit dem Wahlkampf rund um „Respekt“ gelungen ist – nämlich an traditionell sozialdemokratische Themen und Kompetenzen anzuschließen und sie zugleich mit einem neuen Gesicht zu verbinden –, ist im Berliner Wahlkampf letztlich gar nicht versucht worden. Dabei zeigen vorliegende Umfragen aus dem Wahljahr 2021 unisono, dass der SPD – auch in Berlin – gerade in diesem Feld sozialer Gerechtigkeit auch weiterhin die größte Kompetenz zugeschrieben wurde. Aber statt dies zu nutzen, hat man langfristige Images der Partei und deren Verbindung zu bestimmten Themenfeldern eher abgeschnitten – und sich dabei wohl übernommen.

¹⁵ Die Daten von Infratest dimap zeigen allerdings, dass Franziska Giffey's Werte im Vergleich zu ihren direkten Konkurrent*innen 2021 – Kai Wegner, Bettina Jarasch – bezogen auf den Aspekt von Glaubwürdigkeit am schwächsten ausgeprägt waren.

Rückblickend sind die Dinge immer einfach(er) zu erklären. So wurde auch vereinzelt angemerkt, dass *„wir ja nicht wussten, wie es im Bund ausgehen wird. Es sah ja lange nicht gut aus.“* / *„Wir mussten uns von Scholz distanzieren, denn es war alles andere als ausgemachte Sache, dass er es schafft.“* Aber gerade gegen eine zeitgleich laufende Bundestagswahlkampagne kommt man mit einer Landeskampagne kaum an. Das zeigt auch die Befragung der Berliner SPD-Mitglieder, denn selbst die zeigen sich deutlich interessierter am Bundestagswahlkampf 2021 als am Abgeordnetenhauswahlkampf 2021. Noch geringer fällt bei ihnen das Interesse am Wahlkampf 2023 aus, was nochmals unterstreicht: Es ist eine strukturelle Herausforderung, Landespolitik und Landtagswahlkämpfe sichtbar werden zu lassen. (Und es ist ein Hinweis darauf, dass die Mitglieder immer noch einen guten Ansatzpunkt für Antworten auf die Frage bilden, wie die Bevölkerung insgesamt Dinge sieht.) So ist am Ende das, was aus Wähler*innenperspektive zur Wiederholung, Vereinfachung und Zuspitzung führen sollte, zu einem eher undurchsichtigen Themenlabyrinth geworden. Festhalten muss man aber auch: Mobilisierung war ob der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl 2021 gar kein Problem. Dieses Problem sollte sich erst zwei Jahre später bei der Wiederholungswahl zeigen.

Keine Frage: Viele Themen, die Menschen politisch bewegen, liegen außerhalb des Kompetenzbereichs der Länder, sondern sind Bundessache. Wähler*innen tun sich aber häufig schwer damit zu verstehen, welche Entscheidungen auf welcher politischen Ebene getroffen werden. Für was ist der Bund verantwortlich? Was fällt in den Kompetenzbereich des Landes? Und welche Rolle spielen die Bezirke? Und letztlich ist es für viele Wähler*innen auch nicht entscheidend, wer für welche Entscheidungen Verantwortung trägt, um diese Zuschreibungen korrekt vorzunehmen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es auch eine Chance, wenn Wahlen auf verschiedenen politischen Ebenen zeitgleich stattfinden, wie es mit den BVV-Wahlen, der Wahl zum Abgeordnetenhaus und der Bundestagswahl (und einem Volksentscheid) 2021 in Berlin der Fall war. Dafür hätten aber auch konsistente sozialdemokratische Themen im Wahlkampf gesetzt werden müssen, die den Wähler*innen an jeder Ecke präsentiert werden. Aber „Respekt“ und soziale Gerechtigkeit blieben bei der „Herzessache Berlin“ letztlich auf der Strecke. Der Aspekt der Abstimmung zwischen dem Bundestags- und dem Berliner Wahlkampf betrifft aber nicht nur die inhaltliche Ausrichtung. Auch die organisatorisch-kommunikative Verzahnung lässt sich rückblickend als ausbaufähig bezeichnen. Der Berliner Landesverband gilt in der Bundespartei als ein sehr *„besonderer“* Verband. *„Die sind schon auch einfach anders in Berlin. Das war schon immer so.“* / *„Wir gelten immer als die Irren. Das war schon immer so.“* Dennoch ist es natürlich von besonderer symbolischer Bedeutung auch für die Bundespartei, wer die größte Stadt, die Hauptstadt regiert.

Das Willy-Brandt-Haus und das Kurt-Schumacher-Haus liegen 6,9 Kilometer voneinander entfernt. In 20 Minuten schafft man es von Tür zu Tür. Und dennoch ist der Kontakt zwischen der Bundespartei-Zentrale und der Landespartei-Zentrale nur rudimentär vorhanden. Aus der Warte der Landesebene wird der Mehrwert, den das WBH liefern könnte, kaum gesehen. Das mag daran liegen, dass man sich sehr bewusst ist, dass man als „Sonderling“ betrachtet wird, aber auch daran, dass man sich selbst sehr gerne in der Position des „Besonderen“ bewegt. *„Berlin ist anders. Was soll der Bund da machen?“*

Berliner Sozialdemokrat*innen, die auf Bundesebene agieren, gibt es nicht viele. Diejenigen, die es gibt, gehen eher in ihrer bundespolitischen Rolle auf und geben sich kaum als Berliner Sozialdemokrat*innen zu erkennen. Das war bei der ehemaligen Bundesfamilienministerin Giffey letztlich auch nicht anders und das, obwohl sie durchaus als Neuköllner Bürgermeisterin Netzwerke hätte nutzen konnte. Doch ihre Bemühungen beschränkten sich schon zu dieser Zeit eher auf den Bezirk, nicht auf den Landesverband. Auch nach vorne schauend bleibt das Verhältnis ambivalent – zwischen Hoffnung, dass sich Kontakte intensivieren, da *„wir*

Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

einen Berliner als Generalsekretär im WBH sitzen haben. Der kennt uns ja ganz gut.“, aber auch Frustration beim Blick zurück. „Hat ja auch nicht geholfen, dass wir eine Bundesministerin als Spitze hatten. Kaum war sie hier im Wahlkampf, ging es ja nur um sie. Für so ‚unwichtiges‘ wie Parteiarbeit hatte sie nicht viel übrig.“

Nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch die Wahlen in den Bezirken verliefen parallel zur Wahl zum Abgeordnetenhaus. Die Bezirke wurden zwar gut mit Materialien von der Landesebene versorgt und gut in die Wahlkampf vorbereitung eingebunden, taten sich aber – wie die Interviews zeigen – zuweilen schwer zu verstehen, wie die Wahlkampfstrategie aussieht. Ob dieser Wissenslücke führten sie ihren Wahlkampf für die Bezirksverordnetenversammlung weitestgehend losgelöst vom Wahlkampf um das AGH, was die Situation für die Wähler*innen nicht einfacher machte.

Bei parallel verlaufenden Wahlen wären eine enge Abstimmung und eine organisatorische Abbildung, etwa über einen Jour fixe zwischen Bund, Land und Bezirken zur Orchestrierung der Wahlkämpfe wichtig gewesen. *„Wir bräuchten jemanden aus dem Willy-Brandt-Haus, der das für uns organisiert. Der uns zu fest verabredeten Zeiten zusammenbringt, damit wir miteinander kommunizieren und nicht nebeneinander.“* Gleichzeitig würde ein solches Vorgehen voraussetzen, dass Hierarchien klar sind und von allen geteilt werden. Und natürlich ließen sich Synergien zwischen den Ebenen besser nutzen. Wie oben beschrieben, war das enge Wahlkampfteam recht neu und jung und hätte sicherlich von einem Austausch mit Kräften aus dem Bund profitieren können, nicht zuletzt auch mit Blick auf Netzwerke und Kontakte zur Hauptstadtpresse. All das erscheint bei der gegebenen räumlichen Nähe, aber kulturellen Distanz jedoch kurzfristig wenig realistisch. Gleichwohl ist spätestens nach dem Verlust des Roten Rathauses auch im Willy-Brandt-Haus angekommen, dass die Berliner SPD von ganz besonderer symbolischer Bedeutung ist.

4. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021

Der Wahltag und seine Folgen

Der 26. September 2021 ist in Berlin als ein politisches Desaster in die Geschichtsbücher eingegangen. Es war ein Superwahltag in der Hauptstadt: Die Berliner Abgeordnetenhauswahl fand zeitgleich zur Bundestagswahl, den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen und dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ statt. Hinzu kam der Berlin-Marathon, der sich über die ganze Stadt verteilte. Und auch die Nachwehen der Corona-Pandemie waren noch zu spüren, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Rekrutierung von Wahlvorständen für die vielen Hundert Wahllokale. All das stellte eine enorme logistische Herausforderung dar, die sich letztlich als zu groß erwies. Am Wahltag fehlten Stimmzettel, Wahllokale mussten vorübergehend geschlossen werden oder aber lange nach 18 Uhr geöffnet bleiben, um allen wartenden Bürger*innen noch die Möglichkeit zur Stimmabgabe zu geben.

Zahlreiche Beschwerden wurden danach eingereicht; im Zuge der Wahlprüfung entschied der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin in einem durchaus kontroversen Urteil schließlich – „garniert“ mit etlichen Breitseiten gegen die verantwortlichen Stellen –, dass die Wahl zum Abgeordnetenhaus so viele systemische Mängel in der Vorbereitung und Durchführung der Wahl aufwies, dass nur eine vollständige Wiederholung der Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen ein probates Mittel darstelle, um all diese Mängel zu beheben.

Diese Ereignisse sind in mehrerlei Hinsicht von Bedeutung. Zunächst kann man die Frage stellen, ob die Ereignisse vermeidbar gewesen wären oder nicht. Zumindest einige Gesprächspartner*innen berichten von frühzeitigen Warnungen und Bedenken, gerade mit Blick auf den Marathon: *„Ich erinnere mich noch genau an ein Gespräch, in dem wir kritisch gefragt haben, ob das überhaupt geht.“ / „Wir wussten, es geht nicht gut, aber wurden nicht ernst genommen.“ / „Alle wollten es ja besser wissen, dabei haben wir gewarnt.“*

Mit Blick auf die Wahlen, die hier im Fokus stehen, sind die Folgen für die Wahrnehmungen der Bürger*innen noch entscheidender: Auf das „B“ der bürgernahen Verwaltung sind wir oben bereits eingegangen ebenso wie auf die Tendenz der Bürger*innen, die führende Regierungspartei für Fehler verantwortlich zu machen. So war es auch hier: Die verpatzte Wahl ging mit der SPD nach Hause, in deren Ressortzuständigkeit die Wahl 2021 auch lag. Gerade für Franziska Giffey als Spitzenkandidatin war dies ein Problem, denn die Organisation der Wahl war nicht wirklich „bärenstark“; zudem fiel der *Umgang* mit den Wahlfehlern nun in ihre Verantwortlichkeit. In der Folge der Wahlpannen trat zwar die Landeswahlleiterin zurück; weitergehende politische Konsequenzen wurden jedoch nicht gezogen. Der Innensenator blieb im Amt. Dafür wurden in den Interviews verschiedene Argumente genannt: *„Der Andreas musste auch bleiben, weil er ein wirklich guter Senator war und wir nicht auf ihn verzichten konnten.“ / „Es gab die Sorge, dass wir bei einem Rücktritt eingeräumt hätten, dass wir an der Misere schuld waren. Die eigentlich Verantwortlichen sitzen aber in den Bezirken.“*

Das mag alles richtig sein, aber solche Argumente spielen für Wähler*innen letztlich nur bedingt eine Rolle. Dass keine politische Konsequenzen gezogen wurden, erweckte vielmehr den Eindruck, *„Politik könne sich alles erlauben, ohne dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen wird“*. Dass der Innensenator im Amt blieb, wird von manchen als *„der größte politische Fehler in der kurzen Regierungszeit“* gesehen. Auch für Giffey war die Entscheidung riskant: Für Bürger*innen zeigte es erneut, dass keine Verantwortung für Fehler und Missstände übernommen wird. Das ohnehin angeschlagene Vertrauen nahm dadurch weiteren Schaden – und reihte Giffey erkennbar in die Reihe früherer SPD-Regierung ein. Ihren Versuch aus dem Wahlkampf, rund um die 5 B's andere Akzente zu setzen und sich von ihren Vorgängern abzusetzen, konterkarierte der Wahltag 2021 deutlich in gleich mehrerlei Weise.

Der Wahlausgang und seine Hintergründe

Trotz der widrigen Umstände nahmen 75,4 Prozent der wahlberechtigten Berliner*innen am 26. September 2021 an den AGH- und Bundestagswahlen¹⁶ teil – die Mobilisierung der Berliner*innen war dank der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl 2021 ein Selbstläufer. Fast die Hälfte der Stimmen (46,8 Prozent) wurde dabei per Brief abgegeben – ein neuer Rekord.

Die SPD konnte ihre Spitzenposition in Berlin behaupten. 21,4 Prozent bedeuteten gleichwohl gegenüber der Wahl von 2016 einen minimalen Verlust von 0,1 Prozentpunkten. Die Grünen landeten auf dem zweiten Platz (18,9 Prozent, +3,7 Prozentpunkte), gefolgt von CDU (18,0 Prozent, +0,4 Prozentpunkte), Linke (14,1 Prozent, -1,6 Prozentpunkte), AfD (8,0 Prozent, -6,2 Prozentpunkte) und FDP (7,1 Prozent, +0,5 Prozentpunkte). Sonstige Parteien schnitten mit 12,5 Prozent (+3,3 Prozentpunkte) ebenfalls in Summe stark ab.

„Mit einem blauen Auge davongekommen“ könnte man auf den ersten Blick denken. Machtpolitisch ist das sicherlich richtig: Stärkste Partei, stärkste Fraktion, Rotes Rathaus gesichert. Bei genauerer Betrachtung allerdings muss schon das Ergebnis der AGH-Wahl 2021 aus mindestens zwei Gründen die Alarmglocken schrillen lassen. Dass die SPD in keiner Weise davon profitiert, dass die *Wahlbeteiligung* gegenüber 2016 um fast 10 Prozentpunkte angestiegen ist, ist höchst ungewöhnlich. Gerade der SPD (und den Linken) fällt es traditionell schwer, ihre Wähler*innenklientele zu mobilisieren, gerade bei Wahlen jenseits von Bundestagswahlen. Die Wahl 2021 fand demnach eigentlich in einem sehr günstigen Umfeld für die Berliner SPD statt. Tatsächlich zeigt auch die Wanderungsanalyse von Infratest dimap, dass die SPD 2021 stark aus dem „Lager der Nichtwähler*innen“ gewinnen konnte. Zudem kam mindestens auf der Zielgeraden des Wahlkampfes starker Rückenwind vom Bund. Das aber ist das zweite Warnsignal des Jahres 2021: Kaum etwas davon kam auf der Landesebene an, wie die folgende Abbildung zeigt, in der alle Umfragen von ARD und ZDF aus den letzten Wochen vor der Wahl dargestellt sind bis hin zum finalen Ergebnis. Während die SPD im Bund gerade im August deutlich zulegte und dieses Level dann auch in Umfragen bis zum Wahltag hin halten konnte, gelang Selbiges der Berliner SPD nicht. Ihr Wahlergebnis vom September liegt sogar unter dem Niveau der Umfragen von Mitte August.

Die Zusammensetzung der Wähler*innenschaft der SPD hat sich bei der Wahl 2021 insgesamt verändert. In Verbindung mit der hohen Mobilisierung ist es der SPD 2021 vor allem gelungen, bei Menschen mit formal niedriger Bildung stärker zu punkten. Zudem ist die Wähler*innenschaft – ähnlich wie auch im Bund – älter geworden. Schließlich hat sie sich etwas weg von den Innenstadt- hin zu äußeren Bezirken jenseits des Rings verlagert. Das hat vor allem mit dem Erstarken der Grünen im Innern und der damit für die SPD erwachsenen Konkurrenz zu tun. Trotzdem ist an dieser Stelle Vorsicht geboten: Zuweilen werden in der jüngeren Vergangenheit Stadtportraits gezeichnet, die im S-Bahn-Ring eine tiefe, schier unüberbrückbare Trennlinie sehen. Solche Portraits überzeichnen die Lage völlig und führen zu einer einfachen Dichotomisierung, die der Komplexität der Stadt nicht gerecht werden. „Innen“ und „Außen“ sind keine in sich homogenen Milieus, sondern vielmehr durch gewisse Unterschiede im direkten Vergleich zueinander geprägt, die aber keineswegs alle anderen Unterschiede überstrahlen.

¹⁶ An den BVV-Wahlen durfte auch 16- und 17-Jährige und auch EU-Ausländer*innen teilnehmen, so dass sich dafür eine leicht abweichende Wahlbeteiligung ergibt.

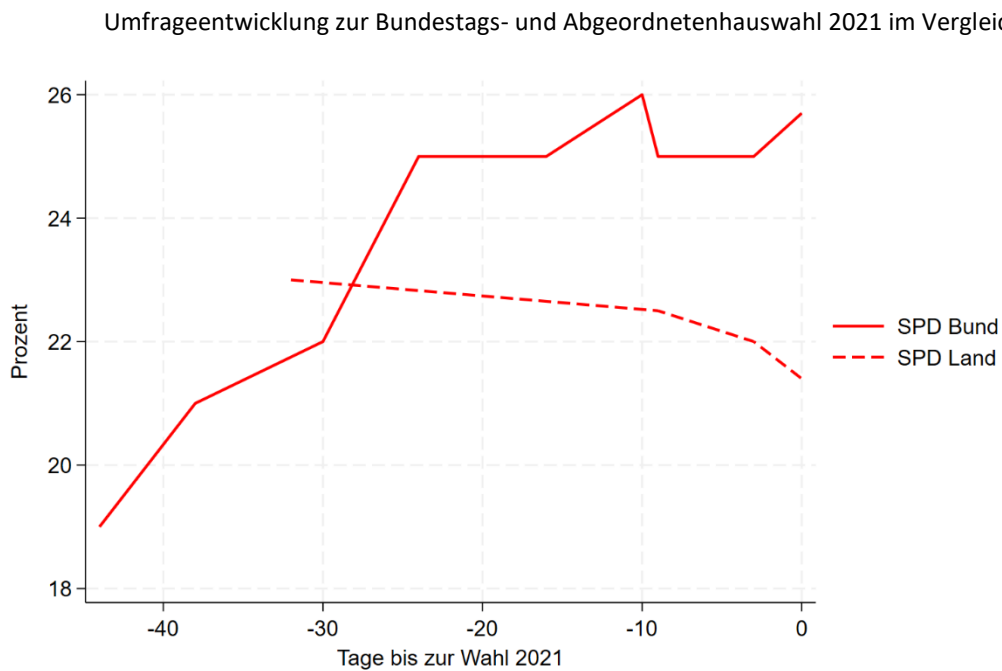


Abbildung 3: Umfrageentwicklung zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl 2021 im Vergleich, in Prozent

Gerade hinsichtlich Alter und Geschlecht erlaubt der vergleichende Blick auf Bund und Land wichtige Einblicke: Betrachtet man die dortigen Ergebnisse zur Bundestagswahl und zur AGH-Wahl jeweils in Berlin, wird man in allen Alters- und Geschlechtsgruppierungen ein schwächeres AGH- als Bundestagswahlergebnis finden. Besonders deutlich fallen die Abweichungen dabei bei den 25- bis 34-Jährigen aus: Hier schneidet die Berliner SPD im Bund – obwohl insgesamt auf niedrigem Niveau in dieser Gruppe – rund 2,5 Prozentpunkte besser ab als bei der AGH-Wahl; auch bei den 50- bis 69-Jährigen fällt das Minus besonders groß aus, wobei hier insbesondere die Berlinerinnen besonders kritisch mit der Berliner Landes-SPD waren. Für den Ausgang der Wahl ist dies insofern besonders schmerzlich, dass diese Gruppe grundsätzlich sehr wahlfreudig ist und bei den Wahlen 2021 auch der SPD grundsätzlich sehr offen gegenüberstand.

Ein Blick in die Fläche

Berliner Wahlen lassen sich grundsätzlich sehr gut in der Fläche analysieren, da sich durch die kleinräumige Kombination von Wahllokalen und ihren zugehörigen Briefwahlbezirken sehr kompakte Einheiten bilden lassen. Über 1.500 Gebiete, die jeweils in der Fläche einem Briefwahlstimmbezirk (samt der zugehörigen Urnenwahlbezirke) entsprechen, stehen für Berlin für solche Zwecke zur Verfügung.¹⁷ Hinzu kommt im Falle der 2021er Wahlen noch, dass für diese Gebiete jeweils ein Ergebnis sowohl für die Bundestags- als auch die AGH-Wahl zur Verfügung steht (sowie später noch für die Wiederholungswahl 2023).

Viele der bisherigen Befunde lassen sich auf dieser breiten Datenbasis nochmals erhärten. So zeigt sich etwa, dass der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und SPD-Stimmenanteil *negativ* ist. Die SPD ist also dort

¹⁷ Die Probleme der Wahl 2021 berühren auch diese Möglichkeiten am Rande, da im Bezirk „Tempelhof-Schöneberg“ einige Briefwahlstimmen nicht sauber zugeordnet worden. Die Auswirkungen davon wurden allerdings für die Zwecke der vorliegenden Analysen geprüft; sie berühren die substanziellen Befunde nicht in relevanter Art und Weise.

stark, wo im Vergleich zu anderen regionalen Einheiten weniger Menschen wählen. Dies gilt in ähnlicher Weise für die AfD und abgeschwächt die Linke rund um die Wahlen 2021 – und dies trotz hoher Mobilisierung und starkem Rückenwind für die SPD aus dem Bund. Auch die Wettbewerbssituation für die Partei war 2021 herausfordernd: Die SPD war in jenen regionalen Einheiten stark, in denen auch die CDU stark abgeschnitten hat. Dagegen finden sich im Vergleich zu Grünen und Linken negative Zusammenhänge. Bezogen auf die Koalitionspartner gilt also nicht, dass man gemeinsam in der Fläche stark ist, sondern eher in einem Konkurrenzverhältnis steht: Einer stark (SPD), die anderen beiden schwach (und umgekehrt). Dies ließe sich sicherlich produktiv-komplementär nutzen, um gemeinsam Stimmen zu maximieren – solange daraus kein destruktiver Wettbewerb entsteht, was aber spätestens 2023 der Fall war.

Schließlich fällt auf: Bei keiner anderen (relevanten) Partei ist der Zusammenhang zwischen dem AGH-Ergebnis 2021 und dem Bundestagswahlergebnis 2021 so schwach ausgeprägt wie bei der SPD. Das bedeutet: Während sich bei allen anderen Parteien Korrelationen von mindestens $r=0,95$, an einigen Stellen sogar von $r=0,99$ (wie bei den Grünen) ergeben, fällt der Wert bei der SPD mit $r=0,89$ merklich schwächer aus. Je weiter dieser r -Wert von 1 entfernt liegt, desto größer fallen die Unterschiede zwischen dem Bundestagswahl- und dem AGH-Ergebnis aus.

Ergebnisse der AGH- und Bundestagswahl 2021, aggregiert auf Briefwahlstimmbezirke, in Prozent

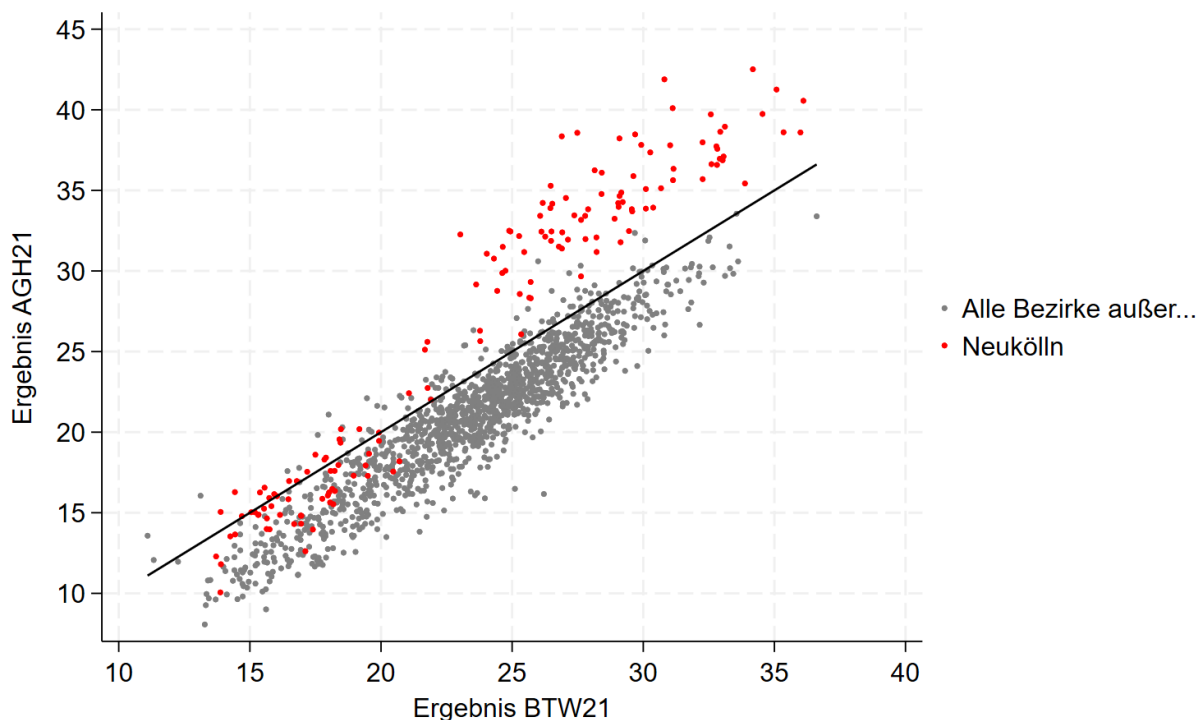


Abbildung 4: Ergebnisse der AGH- und Bundestagswahl 2021, aggregiert auf Briefwahlstimmbezirke, in Prozent

Die relativ großen Unterschiede bei der SPD haben ihre Ursache in der Spitzenkandidatin und ihrer lokalen Verwurzelung. Außerhalb Neuköllns schnitt die Berliner SPD in 94 Prozent aller kleinräumigen Einheiten, die hier betrachtet werden, bei der AGH-Wahl schlechter ab als bei der Bundestagswahl. In Neukölln war es anders: Hier schnitt sie in 74 Prozent der Fälle besser ab. In ihrem lokalen Kontext war Franziska Giffey ein echter Bonus; allerdings ist es nicht gelungen, diesen Bonus auch auf Berlin insgesamt zu übertragen. Im

Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

Schnitt stand die SPD bei der AGH-Wahl um zwei Punkte schlechter da als im Bund; in einem Viertel der kleinräumigen Einheiten waren es sogar über drei Punkte. Dass in der folgenden Grafik die grauen Punkte unterhalb der Winkelhalbierenden bleiben, heißt letztlich: Die Berliner SPD hat bei der AGH-Wahl bei weitem nicht das Optimum im Vergleich zum Bund rausgeholt – mit Ausnahme von Teilen Neuköllns.

5. Der Start in eine schwierige Partnerschaft

Koalitionen stellen Politiker*innen, aber auch Wähler*innen angesichts wachsender Komplexität vor wachsende Herausforderungen. Einerseits ist die Frage, mit wem man koalitiert, wichtig und entsprechend breit in Wahlkämpfen thematisiert. Zugleich ist häufig vor der Wahl unklar, welche Koalitionsmöglichkeiten sich rechnerisch ergeben und welche davon politisch zu realisieren wären, was dem Thema etwas überaus Zähes verleiht.

Auch die Situation vor den Wahlen 2021 war in diesem Sinne von Unsicherheiten geprägt – im Bund wie auch im Land Berlin. Was auf die GroKo im Bund folgen würde, war offen. Und auch die Zukunft des rot-rot-grünen Bündnisses war alles andere als sicher. Für Wählende war somit in Berlin nicht klar, welche Bündnisse Deutschland insgesamt, aber auch die Stadt nach den Wahlen regieren würden. Zudem waren auch die Signale, die gerade die Berliner SPD diesbezüglich gesendet hat, nicht eindeutig – konnten es vielleicht auch gar nicht sein. Auch die Interviews zeigen diese Ambivalenz. Je nachdem mit wem man spricht, bekommt man unterschiedliche Eindrücke aus dem Wahlkampf geschildert. Inwiefern diese Eindrücke eher die persönliche Präferenz oder tatsächlich unterschiedliche Wünsche der Berliner*innen in den verschiedenen Bezirken abbilden, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Überaus deutlich werden sie aber in jedem Fall: *„Mir haben die Wähler auf der Straße gesagt: ‚Aber geht ja nicht mehr mit den Grünen zusammen‘“* versus *„Eine Hürde am Wahlkampfstand war, dass die Wähler Angst hatten, sie würden SPD wählen und CDU bekommen.“*

Umfragen aus dem Umfeld der Wahl zeigen, dass die SPD-Wähler*innen – natürlich – eine SPD-geführte Landesregierung wollten. Aber bezogen auf das gewünschte Bündnis gibt es weniger Einigkeit. Die größte Zustimmung erfährt noch ausweislich der Umfragen von Infratest dimap ein rot-grünes Bündnis – was noch einmal zeigt, dass es bei Koalition um Mathematik und Politik geht, denn für dieses Bündnis war natürlich keine Mehrheit vorhanden. Ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linken wird von den weiteren Bündnissen am besten bewertet, aber nur recht knapp vor einem Ampel-Bündnis. Bündnisse mit der CDU finden zwar auch durchaus Zustimmung, aber in doch deutlich geringerem Maße.

Franziska Giffey allerdings machte nie einen Hehl aus ihrer Offenheit gegenüber CDU und FDP, während die Fraktion sich links-progressiver gab. Allen voran warben Jusos und Parteilinke für eine Fortsetzung der Koalition mit Grünen und Linken. Und so mussten aus den Koalitionsverhandlungen in jedem Fall Enttäuschte hervorgehen. Gerade die Befragung der SPD-Mitglieder zeigt dabei auch, dass die Koalitionsfrage erhebliches Spaltpotenzial – vor allem auch symbolischer Art – für die Partei mit sich bringt. Die Koalitionsfrage wurde und wird zu einer Richtungsfrage, die die Partei selbst dort, wo gar keine allzu große inhaltliche Uneinigkeit herrscht, spaltet. Wir werden darauf unten nochmals zurückkommen.

Schlussendlich ließ sich Giffey in eine Koalition mit Grünen und Linken drängen. Was mit wenig Euphorie begann, entwickelte sich dann auch im weiteren Verlauf zäh. Giffeys Unbehagen war von Anfang an spürbar und zeigte sich insbesondere in ihrem Verhältnis zu Bettina Jarasch. In einem Wahlwerbevideo der Grünen setzten diese mit dem Satz *„Politik, die sich nicht in ein Kostüm zwingen lässt“* einen Seitenhieb auf Giffeys modischen Stil. Bettina Jarasch zeigte sich in Abgrenzung zu Giffey in einer Lederjacke. Dieser Satz gegen das äußere Erscheinungsbild einer Frau war sicherlich ein Tiefpunkt des Wahlkampfes der Grünen. Gleichzeitig hätte Giffey hier in professioneller Manier über diesem grenzwertigen Angriff stehen müssen. Aber sie ließ sich darauf ein; das Verhältnis der beiden Frauen verschlechterte sich zunehmend. Koalitionsinterne Sitzungen waren im besten Fall unterkühlt, im schlechtesten Fall von lautstarken Auseinandersetzungen

Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

gekennzeichnet. *„Sie konnten sich nicht ausstehen und das hat man gemerkt. An der Körperhaltung, an der Art und Weise wie sie miteinander gesprochen haben. Wenn man das überhaupt noch Sprechen nennen kann. Der Ton war scharf, schrill und manchmal auch sehr laut.“*

In dieser Zeit verschlechterte sich auch innerhalb der SPD die Stimmung zwischen Senat, Fraktion und Partei, die bestehenden Gräben wurden tiefer und für alle sichtbar. Dabei hätten ausgerechnet in dieser Lage die Akteur*innen zusammenstehen müssen. Deutschland und Berlin standen vor zu großen Herausforderungen, als dass man es sich hätten leisten können, permanente Richtungsstreitigkeiten auszutragen, sich gegenseitig zu blockieren und sich auseinanderdividieren zu lassen. Genau das passierte allerdings: Die Regierende musste auf Unterstützung in der Fraktion hoffen und so wurde das aus machttaktischen Spielereien noch gemeinsam angetretene Team aus Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzendem (wie auch in vergangenen Jahren bereits geschehen) zunehmend zur Rivalität und Konkurrenz, die sich der Loyalität der*des Anderen nicht mehr gewiss sein konnten. *„Das war kein Team und war es auch damals nicht. Es geht um Macht.“*

Die beiden Parteivorsitzenden in Personalunion zogen nicht (mehr) an einem Strang, eine stärkere Einbindung der Partei im Interesse der Stadt Berlin fand nicht statt. Das Interesse der Bürger*innen und das Wohl der Stadt wurde zunehmend aus den Augen verloren. Zu sehr konzentrierte man sich darauf, die Partei *„in die richtige Richtung zu lenken.“* Und gerade die Koalitionsfrage war eben *die* symbolische Richtungsfrage. So wichtig Koalitionsfragen sind: Künftig sollte die Partei sich weniger von diesen treiben lassen, sondern aus eigenen inhaltlichen Positionen heraus agieren, weniger aus symbolischen Koalitionsfragen heraus.

6. Die Wiederholungswahl 2023

Wahlkampf 2023: Keine Vorbereitung, keine Geschichte

Nach dem Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofs im November 2022 wechselten die drei Koalitionspartner sofort in einen Wahlkampfmodus und wurden so noch mehr zu Konkurrenten. Dabei schienen gerade die Grünen darauf besser vorbereitet zu sein als die SPD, die eher unvorbereitet in den Wahlkampf zur Wiederholungswahl taumelte.

Ohne Zweifel: Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs war in seiner Begründung und seinem Ausmaß ungewöhnlich und brach mit der Tradition einschlägiger Rechtsprechung zum Umgang mit Wahlfehlern und etwaigen Wahlwiederholungen. Auch in Kreisen führender Sozialdemokrat*innen verließ man sich fest darauf, dass die Wahl zum Abgeordnetenhaus *nicht* wiederholt werden müsse. Man habe *„sich umgehört und es gab keinerlei Anzeichen dafür, dass in ganz Berlin neu gewählt werden muss.“* / *„Wir hatten keinerlei Anzeichen dafür, dass die Wahl in Gänze wiederholt werden muss.“* / *„Die Entscheidung des Verfassungsgerichts hat uns kalt erwischt.“* / *„Wir waren nicht vorbereitet.“* / *„Das hat uns völlig unvorbereitet getroffen.“* / *„Niemand hat damit gerechnet, dass wir die Wahl wiederholen müssen.“*

Als Begründung wird auch darauf verwiesen, dass *„wir ja auch ganz andere Sorgen hatten. Wir hatten alle Hände voll zu tun.“* So nachvollziehbar die Begründung ist, dass die innen- und außenpolitischen Herausforderungen, insbesondere die Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine volle Konzentration erforderten, so wenig professionell war die mangelnde Antizipation und Vorbereitung der Wiederholungswahl. Hier zeigt sich erneut, dass gezielte Aufgabenteilungen zwischen den handelnden Akteur*innen, inklusive dem KSH, nicht optimal vorbereitet wurden. Alle Akteur*innen, angefangen von den Parteivorsitzenden, dem Parteivorstand bis hin zu den engsten Vertrauten von Giffey und Saleh und dem KSH sind an dieser Stelle ihrer Verantwortung für die Berliner Sozialdemokratie letztlich nicht gerecht geworden.

Es waren keine inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen für mögliche Neuwahlen getroffen worden und so wurde gerade die führende Regierungspartei mitten „im Doing“ in einer nicht einfachen Koalitionsregierung in einen Wahlkampfmodus versetzt, was alle aus der Bahn warf. Die Agentur hat aus Loyalität zur Berliner Sozialdemokratie (und vermutlich auch in der Hoffnung auf eine stabile Geschäftsbeziehung) flexibel reagieren können und mit begrenzten Mitteln versucht, das Bestmögliche rauszuholen. Partei und Agentur standen aber ohne jegliche Erzählung da. Und so stolperte die Berliner SPD in eine miserable Situation. So kurzfristig ließ sich offensichtlich keine geeignete Erzählung mehr finden, warum die Berliner*innen der SPD erneut ihr Vertrauen schenken sollten. Das ist bemerkenswert, unterstreicht aber nochmal die mangelnde substanzielle, langfristige Unterfütterung des Regierungsanspruchs der Berliner SPD. Warum die SPD Berlin regieren möchte, wie sie diese Stadt gestalten und für die Zukunft aufstellen möchte, sollte hinreichend klar sein. Stattdessen gab es eine Rat- und Ideenlosigkeit für den spontanen Wiederholungswahlkampf, was schließlich in einer Kampagne rund um das 29-Euro-Ticket mündete – wobei das Thema „Mobilität“ ja ausweislich von Umfragen eher als „grünes“ Thema gesehen wurde.

All dies wird auch deutlich, wenn man Genoss*innen danach fragt, mit welcher Motivation sie in den Wahlkampf 2023 starteten. Genannt werden nur Plattitüden, die kaum untermauert sind: *„Eine starke Sozialdemokratie macht Berlin sozialer“* / *„Gäbe es uns nicht, würde Berlin noch unbezahlbarer“* / *„Damit die Stadt bezahlbar bleibt“*. Dass an dieser Stelle vor allem Hinweise zu sozialen Themen kommen, ist vor dem Hintergrund der Ausrichtung des Wahlkampfes 2021 bemerkenswert. Zudem bleiben die Befragten letztlich Antworten schuldig, wie Berlin eigentlich sozialer werden sollte, wie Bezahlbarkeit erreicht werden kann. Es

bleibt der Eindruck, dass man es selbst nicht so genau wusste. Wenn der Sender aber nicht weiß, was er senden will, muss er sich auch nicht wundern, wenn er nicht gehört wird. Und so entstand die Formel: Weiterregieren und weitermachen wie bisher, gegebenenfalls in anderer Koalitionskonstellation – wobei die Koalitionsfrage eigentlich nur Unsicherheiten und Spannungen produzierte. Während im Wahlkampf 2021 noch versucht wurde, durch die Person Franziska Giffey zu überzeugen, gab es diese Option 2023 nicht mehr in gleicher Weise. Giffey genoss nicht mehr das Ansehen und die Beliebtheit, die 2021 durchaus noch vorhanden waren. Zwar gewann sie auch 2023 die übliche „Direktwahl“-Fragen in einschlägigen Umfragen, allerdings mit für eine „Regierende“ äußerst schwachen Werten und nur noch knapp vor einem an sich weit hin unbekanntem Herausforderer der CDU. Nur noch 36 Prozent der Berliner*innen waren mit ihrer Arbeit zufrieden, 56 Prozent waren unzufrieden. Bekanntheit und Unbeliebtheit hatten unheilvoll zueinander gefunden, denn mit diesen Zufriedenheitswerten lag Giffey auf dem letzten Platz aller sich zur Wiederwahl stellenden MPs der jüngeren Vergangenheit.¹⁸

Natürlich hatten es die Ereignisse des Wahltags 2021 und die rot-grün-rote Koalition der SPD und ihrer Frontfrau nicht leicht gemacht. Giffey war 2021 mit dem Versprechen einer funktionierenden und sicheren Stadt in den Wahlkampf gezogen – doch dieses Versprechen löste sie aus Sicht der Wähler*innen nicht ein: Es entstand das Bild, dass Berlin so schlecht funktionierte, dass selbst die ordnungsgemäße Durchführung einer Wahl in dieser Stadt unmöglich war. Zu allem Überfluss passierte auch Silvester 2022/2023 das, was in Berliner Silvesternächten grundsätzlich nicht neu war: Jugendliche randalierten und griffen Polizei und Feuerwehr an. Aber in einem Wahlkampf war diese Geschichte natürlich für bestimmte Parteien ein gefundenes Fressen. Und so ließ sich den Berliner*innen leicht vor Augen führen, dass die Stadt eben nicht funktionierte, ihre Sicherheit eben nicht gewährleistet sei. Spätestens nach der Diskussion um den migrantischen Hintergrund der Jugendlichen, die an Silvester randalierten, kam auch die Diskussion wieder in Fahrt, ob Integration in Berlin gelungen sei. Kai Wegner hatte dabei erneut leichtes Spiel: Er musste nur den Finger in die vermeintliche Wunde legen und auf eben diese Stellen deuten. Die Nachfrage der CDU im AGH nach den Vornamen der Täter sorgte zwar vielerorts für Empörung, blieb aber letztlich im Raum stehen.

Auch auf der Zielgerade des kurzen Wahlkampfs hatte die SPD nichts mehr zuzusetzen. Man setzte auf weitermachen wie bisher. Auf der Website des Wahlprogramms für die Wiederholungswahl 2023 stand: *„Unser Wahlprogramm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei für Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt.“* Einzige Ergänzung: Ein Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise. Doch dieses Entlastungspaket wurde nicht plakatiert, sondern nur das bereits erwähnte 29-Euro-Ticket.

In den geführten Interviews wurden die Befragten mit einem konkreten Szenario konfrontiert: Wähler*innen hätten doch den Eindruck, die SPD wolle einfach nur weiterregieren, gegebenenfalls in anderer Konstellation. Und als Gegenzug für Stimmen verspreche die SPD das 29-Euro-Ticket als Wahlgeschenk. Das fühle sich doch für Wähler*innen an, als wolle man ihre Stimme kaufen. Dieser Eindruck blieb von den Gesprächspartner*innen unwidersprochen. Mit der Fokussierung auf das 29-Euro-Ticket wurde das Thema Mobilität auf die Agenda gesetzt und damit das Thema, in dem es die größten Animositäten zwischen den Grünen und der SPD gab und die kriselnde Koalition permanent in Erinnerung rief, was sich bis in die Zeit nach der Wahl

¹⁸ Auch in längerer Sicht mit Blick auf die Spitzen der Berliner SPD wird dies deutlich: Wowereit hatte 2006 Zufriedenheitswerte von 69 Prozent, 2011 60 Prozent; Müller 2016 53 Prozent, Giffey 2021 noch 44 Prozent.

erstreckte. Während sich die Koalitionspartner also gegenseitig beäugten und kritisierten, konnte die CDU zu ungeahnter Stärke wachsen, wie sich allerspätestens am Wahltag zeigte.

Wahlergebnis 2023: Die Rückkehr der CDU

An der Wiederholungswahl 2023 nahmen 63,0 Prozent der wahlberechtigten Berliner*innen teil – ein Minus von über 12 Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2021. Auch gegenüber der AGH-Wahl 2016 (der damals ebenfalls der Boost einer gleichzeitigen Bundestagswahl fehlte) war dies ein Minus von vier Prozentpunkten. Bemerkenswert ist, dass – trotz beendeter Pandemie – der Briefwahlanteil im Vergleich zu 2021 unverändert hoch blieb: Auch 2023 wurde mit 44,5 Prozent fast jede zweite Stimme per Brief abgegeben. Solche Briefwahlanteile scheinen die neue Realität abzubilden und stellen Parteien damit, etwa was Kampagnenplanung betrifft, vor gänzlich neue Herausforderungen.

Eindeutige Gewinner der Wiederholungswahl 2023 waren Kai Wegner und die CDU. Mehr als 10 Prozentpunkte konnte die Berliner CDU bei der Wiederholungswahl 2023 im Vergleich zur Wahl 2021 zulegen. Mit 28,2 Prozent – einem Ergebnis, vom dem die CDU im letzten Vierteljahrhundert in Berlin nur träumen konnte – gelang ihr ein unangefochtener Wahlsieg. Dabei ist es wichtig anzuerkennen, dass die CDU in allen Berliner Bezirken deutlich zulegen konnte – in Ost wie West, innen wie außen. Die These ‚außen schwarz, innen grün‘ mag zwar, was Stimmenanteile betrifft, durchaus einen wahren Kern haben, gilt aber nicht für die *Veränderungen* gegenüber dem Ergebnis 2021.

Die SPD verlor drei Prozentpunkte und rutschte mit 18,4 Prozent deutlich unter die 20-Prozent-Marke; nur 53 Stimmen lag die SPD am Ende vor den Grünen, die ebenfalls auf 18,4 Prozent der Stimmen kamen (-0,5 Prozentpunkte). Die Linke erreichte 12,2 Prozent der Stimmen (-1,9 Prozentpunkte), die AfD 9,1 (+1,1 Prozentpunkte). Die FDP flog aus dem AGH (4,6 Prozent, -2,5 Prozentpunkte). Auch alle anderen Parteien zusammen verloren erheblich (9,0 Prozent, -3,4 Prozentpunkte). Die Dimension des SPD-Verlusts gegenüber 2021 wird an zwei Stellen nochmals besonders deutlich: In absoluten Zahlen hat die SPD über 100.000 Stimmen verloren (die Hälfte davon nach dem Schätzmodell von Infratest dimap an die CDU, die andere Hälfte an die Nichtwähler*innen). Zudem gelang es nur noch vier Direktkandidat*innen der SPD, ihren Wahlkreis zu gewinnen. Die beiden Parteivorsitzenden zählten nicht dazu.

Ähnlich wie schon bei der Wahl 2021 gelang es der Berliner SPD nicht, im Wahlkampf ein Momentum zu ihren Gunsten zu erzeugen – ganz im Gegensatz zur CDU, wie die folgende Abbildung zeigt. Während die Berliner CDU in nahezu jeder Umfrage im Wahlkampf zulegen konnte, gelang der SPD – trotz des Versuchs der Zuspitzung auf einen Wahlkampf zwischen CDU und SPD – nur ein kleines Zwischenhoch im Wahlkampf; am Ende stand aber mit 18,4 Prozent ein Ergebnis, das den Umfragen von Anfang Januar entsprach. Zulegen konnte die SPD somit in der heißen Phase des Wahlkampfs 2023 erneut nicht.

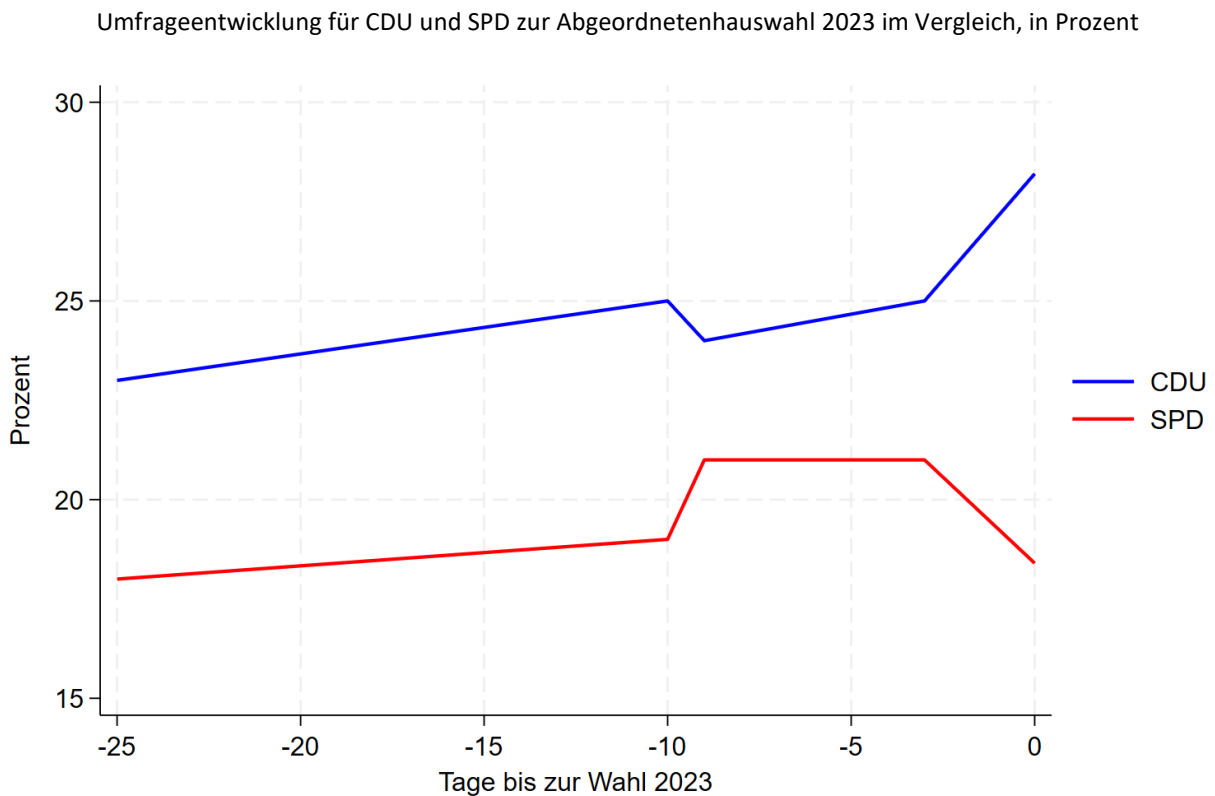


Abbildung 5: Umfrageentwicklung für CDU und SPD zur Abgeordnetenhauswahl 2023 im Vergleich, in Prozent

Was die Zusammensetzung der Wähler*innenschaft der SPD 2023 betrifft, so wurden einige der Bewegungen der Wahl 2021 wieder zurückgedreht: Die hohe Mobilisierung 2021 hatte zu einem Anstieg des Rückhalts bei Menschen mit formal niedrigerer Bildung geführt – dort waren 2023 besonders starke Verluste zu verzeichnen. Regional gesehen verlor die SPD in Ost und West und auch in allen Bezirken. Dass die Verluste in Neukölln besonders stark waren, liegt einerseits daran, dass die SPD dort 2021 noch im Vergleich zu anderen lokalen Kontexten besonders stark abgeschnitten hatte; es zeugt aber andererseits auch davon, dass die Zugkraft von Franziska Giffey insgesamt deutlich nachgelassen hatte, gerade auch in ihrem Bezirk.

Schmerzhaft und konsequenzenreich für die SPD sind vor allem die starken Einbrüche, die die SPD bei älteren Wähler*innen 2023 erlitt. Dies zeigen die Befragungsdaten von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen, aber auch die Daten der repräsentativen Wahlstatistik. Während die SPD bei Jüngeren ihr Ergebnis in etwa halten konnte, brach sie bei älteren Personen und gerade Männern regelrecht ein. Bei den Männern über 60 Jahre schlagen Verluste von sieben bis acht Prozentpunkten zu Buche; auch bei den Frauen in dieser Altersgruppe sind es fünf bis sechs Prozentpunkte. Vor dem Hintergrund der Größe dieser Gruppen und ihrer hohen Wahlbeteiligung schmerzen diese Verluste umso mehr. Und an dieser Stelle ist es auch nicht bloß ein „Zurückdrehen“ der 2021er Ergebnisse, denn schon da zeigten die Analysen, dass der Rückhalt der Berliner SPD im Vergleich zur zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl deutlich geringer war. Gerade die Beziehung zu älteren Berliner*innen ist ins Wanken geraten. Dies wird überdeckt durch die relativ hohen Werte, die die SPD dort immer noch erzielt – aber sie könnten eben noch viel höher sein und waren dies auch schon.

Stimmenverluste der SPD bei der AGH-Wahl 2023 im Vergleich zu 2021, nach Alter und Geschlecht, in Prozentpunkten

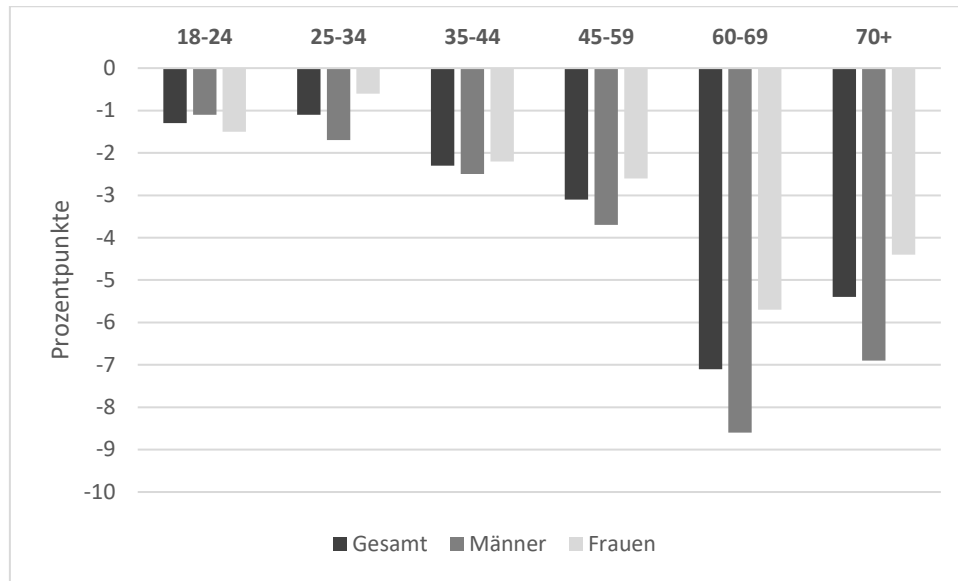


Abbildung 6: Stimmenverluste der SPD bei der AGH-Wahl 2023 im Vergleich zu 2021, nach Alter und Geschlecht, in Prozentpunkten

Ein Blick in die Fläche

Auch hier wollen wir nochmals einen Blick in die Fläche Berlins insgesamt werfen. Auch 2023 zeigt sich für die SPD ein negativer Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung in kleinräumigen Kontexten und ihrem Stimmenanteilen. Allerdings fällt dieser im Vergleich zur 2021er Wahl sehr viel kleiner aus. Das ist allerdings an dieser Stelle kein gutes Zeichen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich vielmehr, dass die SPD bei der Wahl 2023 vor allem in ihren Hochburgen stark verloren hat. Die Wahlergebnisse der SPD sind insgesamt über die Stadt hinweg viel ähnlicher geworden. Das zeigt auch die folgende Grafik nochmals sehr deutlich.

Die SPD hat überall in Berlin zwischen 2021 und 2023 verloren. Aber die gestrichelte Linie zeigt, dass die Verluste dort besonders stark ausgefallen sind, wo man 2021 noch besonders stark war. Die Hochburgen wurden geschleift. Für die zukünftige Aufstellung der Partei sind damit schwierige strategische Herausforderungen verbunden: In (früheren) Hochburgen muss man mobilisieren, aber auch mehr denn je überzeugen. Auf die Unterstützung dort kann man sich nicht mehr in gleichem Maße wie früher selbstverständlich verlassen. Das hat auch jüngst die Teilwiederholungswahl gezeigt. Zugleich erwächst für die SPD an anderen Stellen eine wachsende Konkurrenz zu den Grünen, die bezogen auf die Stadt mit der SPD gleichauf stehen, in einigen Bezirken aber inzwischen deutlich vor der SPD liegen. Es braucht zukünftig eine vielfältige, differenzierte Ansprache potenzieller SPD-Wähler*innen, wofür man die Vielfalt der SPD produktiv nutzen, aber nicht gegeneinander ausspielen sollte.

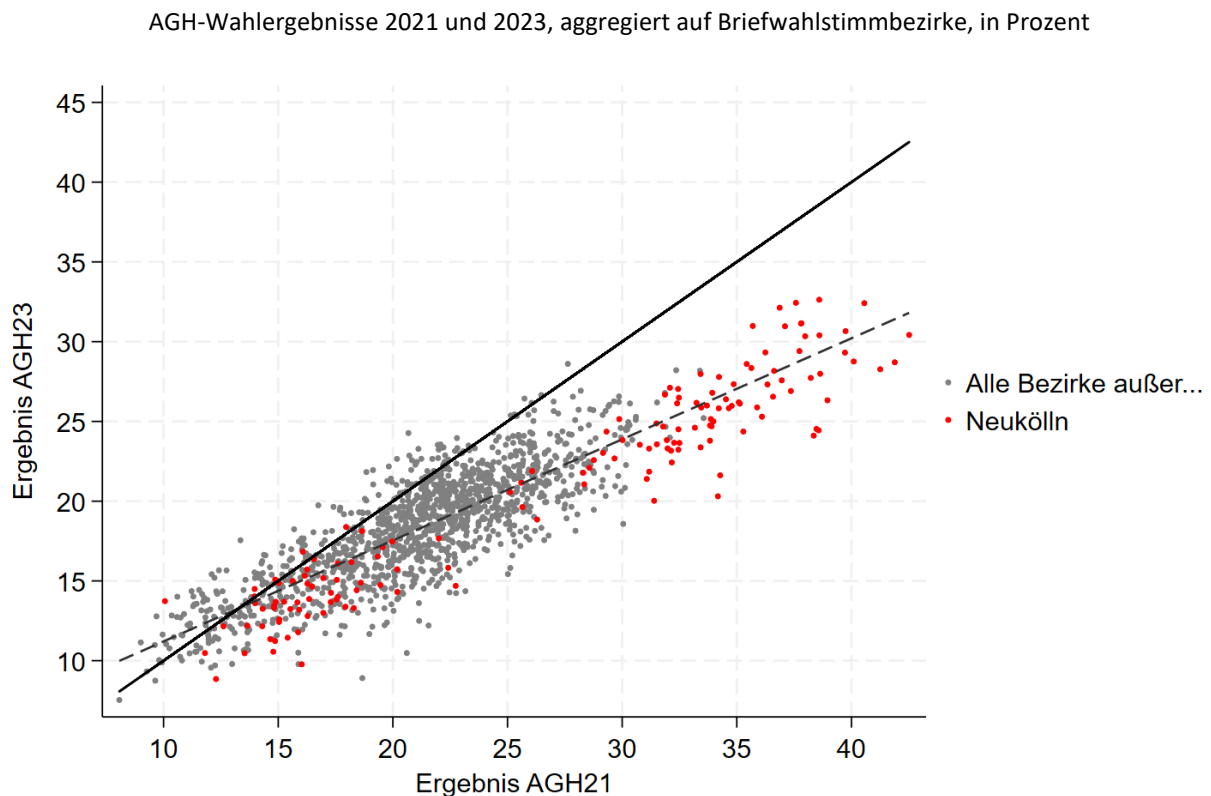


Abbildung 7: AGH-Wahlergebnisse 2021 und 2023, aggregiert auf Briefwahlstimmbezirke, in Prozent

Koalitionen

Für die Zukunft stellt auch das Verhältnis zu den Grünen eine Herausforderung dar. In der Stadt gibt es einerseits einen weit verbreiteten Wunsch nach „Rot-Grün“, den die Bürger*innen der Stadt aber zugleich mit ihrem Wahlverhalten mathematisch nicht ermöglichen. Andererseits führten die Wahlen 2021 und mehr noch 2023 zu Konstellationen, die eine mögliche Führungsfrage bei Rot-Grün virulent machen. 53 Stimmen Vorsprung zu haben, wie es 2023 der Fall war, bedeutet de facto Gleichstand und führt eben zu einem anderen Binnenverhältnis zwischen beiden Parteien als ein deutlicher Abstand zwischen beiden.

Das Verhältnis zwischen Rot und Grün war von 2021 an belastet und eine Belastung; vor allem das Feld der Verkehrspolitik wurde zu einem permanenten Zankapfel. „Es ist einfach unfassbar, was die Grünen hier mit Berlin veranstaltet haben“ / „Grüne Verkehrspolitik ist der größte Murks.“ Der Konflikt lag aber tiefer. Was nach einer inhaltlichen Differenz aussah, war vielmehr der Kristallisationspunkt für einen strukturellen Konflikt zwischen beiden Parteien, aber auch für die Rivalität zwischen den beiden Frauen an der Spitze ihrer jeweiligen Partei. Das Themenfeld Mobilität wurde nun vom 29-Euro-Ticket erweitert auf die Frage nach einer grundlegenden verkehrspolitischen Frage. Die Autopartei SPD gegen die grüne Fahrradpartei. Die Grünen wandelten kurzerhand die Friedrichsstraße in eine autofreie Zone um und wollten vordergründig damit ihre verkehrspolitische Wende in Berlin demonstrieren.

Wie aus grünen Kreisen zu hören ist „hatten wir ja auch nichts anderes. Perfekt war das nicht, aber unter diesem Zeitdruck erfüllte die Friedrichsstraße ihren Zweck gleich in doppelter Hinsicht: Wir konnten zeigen, wie unsere verkehrspolitische Vision für Berlin in echt aussieht und wir konnten Giffey auf den Plan rufen.“

Vision wie Taktik waren hier immer präsent. Auch wenn die grüne Vision in den Vordergrund gestellt wurde, so wurde die Konfrontation mit Giffey immer mitgedacht. Und Giffey tat den Grünen den Gefallen und arbeitete sich am Konzept der Friedrichsstraße und damit an den Grünen ab, statt eine eigene Vision für Berlin in den Vordergrund zu stellen. Den Themenprioritäten der meisten Wähler*innen entsprach dies aber in keiner Weise. Und so führte der Fokus auf die Friedrichsstraße lediglich dazu, dass man zwei Kandidatinnen im persönlichen Clinche beobachten konnte. „Auch wenn ich das Wort nicht sonderlich schmeichelhaft finde. Hier passt es. Es kam nur der Zickenstreit rüber.“ Genützt hat es am Ende vor allem der CDU.

Die Grünen zum Hauptkonkurrenten im Wahlkampf 2023 zu machen, war insgesamt ein Fehler. „Niemals hätten wir gedacht, dass die CDU so stark abschneiden konnte.“ / „Wir hatten die CDU in dieser Stärke gar nicht auf dem Zettel.“ Erneut wurde nicht antizipiert, was passieren könnte, erneut wurden nicht verschiedene Strategien für unterschiedliche Szenarien ausgearbeitet. Zwei zankende Parteien, die auch im Bund in einer schwierigen Koalition gebunden waren, deren Image sich zunehmend verschlechterte, machten es der CDU letztlich leicht, im Wahlkampf zu punkten.

Zugleich verunsicherte der innerkoalitionäre Konflikt auch die eigene Basis: Wie soll es eigentlich nach der Wahl weitergehen? Mit der Koalitionsfrage sind nämlich bei den Mitgliedern, aber auch bei vielen Wähler*innen starke Emotionen verbunden. In welche Richtung geht es? Eine symbolisch aufgeladene Koalitionsfrage, die bewusst im Wahlkampf offengehalten wird, produziert nur negative Gefühle. Es demotiviert potenziell im Wahlkampf und lässt nach der Wahl breite Enttäuschung zurück, zumindest bei jenen, die sich eine andere Koalition gewünscht hätten. Das war schon nach der Wahl 2021 zu beobachten, als enttäuschte Wählende zurückblieben, die eine Koalition mit CDU und FDP bevorzugt hätten. Schlussendlich muss man auch konstatieren, dass die Entscheidung für den Wechsel zur CDU bei vielen in der SPD sehr wenig Begeisterung auslöste.

Bewertung von Koalitionen mit CDU bzw. den Grünen bei SPD-Mitgliedern

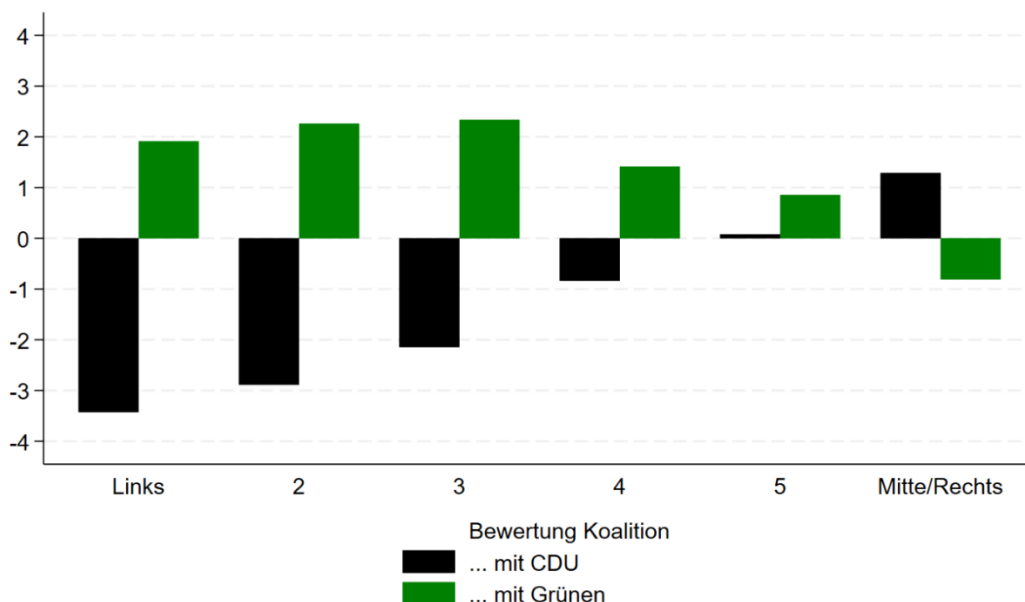


Abbildung 8: Bewertung von Koalitionen mit CDU bzw. den Grünen bei SPD-Mitgliedern

Auch in der Mitgliedschaft hat eine Koalition mit der CDU wenig Begeisterung ausgelöst. Koalitionen mit der CDU werden an der SPD-Basis insgesamt negativ bewertet, wie die Grafik zeigt. Dabei gibt es graduelle Unterschiede im Ausmaß der Skepsis, die zur Mitte hin kleiner wird. Aber an der Skepsis als solcher ändert das erst einmal nichts – im Gegensatz zur Bewertung der Grünen, die überall links der Mitte grundsätzlich positiv gesehen werden. Eigentlich also war der Wunsch nach einer „progressiven“ Koalition weit verbreitet in der Partei, aber operativ war das Verhältnis zerrüttet.

Das zeigen auch die Interviews: Das selbstbewusste Auftreten der Grünen in den Sondierungsgesprächen nach der Wahl 2023 kann eigentlich nicht überraschen. Und dennoch überraschte und verärgerte es die Sozialdemokrat*innen. *„Wie die Grünen aufgetreten sind, war eine Unverschämtheit.“ / „Sie haben so getan als wären wir gleichauf. Waren wir aber nicht.“ / „Wo der Führungsanspruch der Grünen herkommt, musst Du sie selbst fragen.“*

Was war passiert? Unmittelbar nach der Wiederholungswahl hatte der Landesvorstand der Berliner SPD beschlossen, die Einladung der CDU zu Sondierungsgesprächen anzunehmen; parallel sprach die CDU auch mit den Grünen. Zudem führten auch die bisherigen Koalitionspartner – SPD, Grüne und Linke – Gespräche über eine weitere Zusammenarbeit. Letztlich aber platzten diese Gespräche. Das nach den Sondierungsgesprächen durchgestochene ‚Abrechnungspapier‘ mit den Grünen (und in deutlich abgeschwächter Form mit den Linken) legt nahe, dass wohl nie ernsthaft an eine Fortsetzung mit den alten Koalitionspartnern geglaubt wurde. Die Grünen seien sehr fordernd aufgetreten, obwohl sie doch hinter den Sozialdemokrat*innen lagen. Den Grünen wird in dem Papier vorgeworfen, die Sozialdemokrat*innen *„selbst bezüglich des bestehenden Koalitionsvertrages [...] mit ständigen Relativierungen“* konfrontiert zu haben. Verbindliche Verabredungen seien in Abrede gestellt worden. Aus grünen Kreisen wird das sehr anders bewertet *„Wir haben nichts relativiert, im Gegenteil. Wir wollten sehr gerne weiterzusammenarbeiten, aber es gab keinerlei positives Signal“ / „wir waren kompromissbereit. Aber es war von Anfang an klar, dass sie [Giffey] nicht mehr mit uns wollte“ / „hier werden Lügen verbreitet“ / „so etwas habe ich in meiner gesamten Laufbahn noch nicht erlebt“*. Die Wahrheit wird irgendwo dazwischen liegen.

Klar wird jedenfalls, wie vergiftet das Verhältnis zwischen den beiden ehemaligen Koalitionspartnern ist. Befindlichkeiten auf beiden Seiten standen einer Fortführung der Koalition im Weg. Der Linken wird hier eine deutlich geringere Schuld am Zerschlagen der alten Koalition beigemessen, sie sei verbindlicher aufgetreten. Wichtiger ist die Frage, welche prinzipiellen Koalitionsoptionen der SPD in Berlin überhaupt noch offenstehen. Trotz des massiven Vertrauensverlustes zwischen Grünen und SPD beteuern beide Seiten beinahe wortgleich, dass eine erneute Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen wird, *„aber nicht mehr mit den jeweiligen Spitzen“ / „auf Arbeitsebene sind die Verbindungen nach wie vor stabil“ / „wir haben ein gutes Verhältnis“*.

7. Mitgliederentscheid(e)

Ausgangslage und Ausgang des Mitgliederentscheids zum Koalitionsvertrag 2023

Und so stimmte der Landesvorstand der SPD „nach intensiven Sondierungsgesprächen ... am 1. März mit einer Zweidrittel-Mehrheit für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU“¹⁹. Die CDU fasste einen Tag später einstimmig einen analogen Beschluss. Dass der Weg in eine Koalition mit der CDU kein leichter, sondern ein steiniger und schwerer sein würde, war allerdings absehbar. Daher brauchte dieser Weg eine maximale parteiinterne Legitimation, weshalb der Landesvorstand auch beschloss: Alle Mitglieder der Berliner SPD sollten am Ende über den ausgehandelten Koalitionsvertrag entscheiden.

Die Koalitionsgespräche begannen am 9. März 2023, der ausgehandelte Vertrag wurde am 3. April 2023 vorgestellt; der Mitgliederentscheid schloss sich unmittelbar an und lief bis zum 21. April 2023, flankiert von vier digitalen und zwei Präsenz-Mitgliederforen. 18.566 Mitglieder der Berliner SPD waren zur Abstimmung aufgerufen; 11.886 haben von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht (was einer Beteiligung von 64 Prozent entspricht), 11.379 in gültiger Art und Weise. Mit „Ja“ stimmten dabei 6.179 Mitglieder, mit „Nein“ 5.200. Der Koalitionsvertrag war damit mit einer Mehrheit von 54,3 Prozent angenommen. Es war letztlich das erwartete knappe Ergebnis – „zerrissene Genossen“ hatte tagesschau.de schon im Vorfeld getitelt.

Das Ergebnis der durchgeführten Befragung der SPD-Mitglieder bringt dies in perfekter Symbolik zum Ausdruck: Jeweils exakt gleich viele Antwortende gaben an, mit „Ja“ bzw. „Nein“ gestimmt zu haben – ein Patt.²⁰ Der Nutzen der realisierten Befragung besteht allerdings weniger in solcher Symbolik, sondern vielmehr darin, die Hintergründe dieses knappen Ausgangs zu beleuchten.²¹ Ehe wir allerdings zu diesen Hintergründen kommen, sei zunächst ein Blick auf die (befragten) Mitglieder der SPD geworfen.

Ein kurzer Blick auf die Mitgliedschaft der Berliner SPD

Rund zwei Drittel der Mitglieder der Berliner SPD sind männlich; im Durchschnitt sind die Mitglieder knapp über 50 Jahre alt. Ein knappes Viertel der Mitgliedschaft ist maximal 35 Jahre alt; ein gutes Viertel ist 65+. Das spiegelt auch in der Struktur der Teilnehmenden der realisierten Mitgliederbefragung wider.

Die Berliner SPD gilt innerhalb der SPD als „linker“ Landesverband; gleichwohl war hier an verschiedenen Stellen schon davon die Rede, dass es innerhalb der Berliner SPD tiefe Gräben zwischen „links“ und „rechts“ gibt. Die folgende Abbildung, die die Befragten nach ihrer eigenen Einstufung auf einer elfstufigen Links-Rechts-Skala zeigt, macht allerdings deutlich, dass es keinen Graben gibt. Vielmehr stuft sich über die Hälfte der Befragten bei den Positionen 3 und 4 ein. 17 Prozent der befragten Mitglieder stufen sich bei den Werten 1 oder 2 (und damit sehr links) ein; 13 Prozent bei 5 (und damit noch links der Mitte) ein. 8 Prozent stufen sich in der Mitte ein und 6 Prozent rechts der Mitte.

¹⁹ <https://spd.berlin/magazin/aktuelles/landesvorstand-stimmt-fuer-koalitionsverhandlungen-mit-der-cdu/>

²⁰ Eine befragte Person konnte sich nicht mehr an ihr Abstimmungsverhalten erinnern.

²¹ Zu bedenken ist dabei natürlich, dass die Befragung der Mitglieder den Ausgang des Entscheids nicht exakt widerspiegelt, sondern der Anteil der Gegner*innen leicht überschätzt wird. Die im Folgenden ausgewiesenen Ergebnisse sind daher vor allem mit Blick auf die gezeigten *Unterschiede* von Bedeutung.

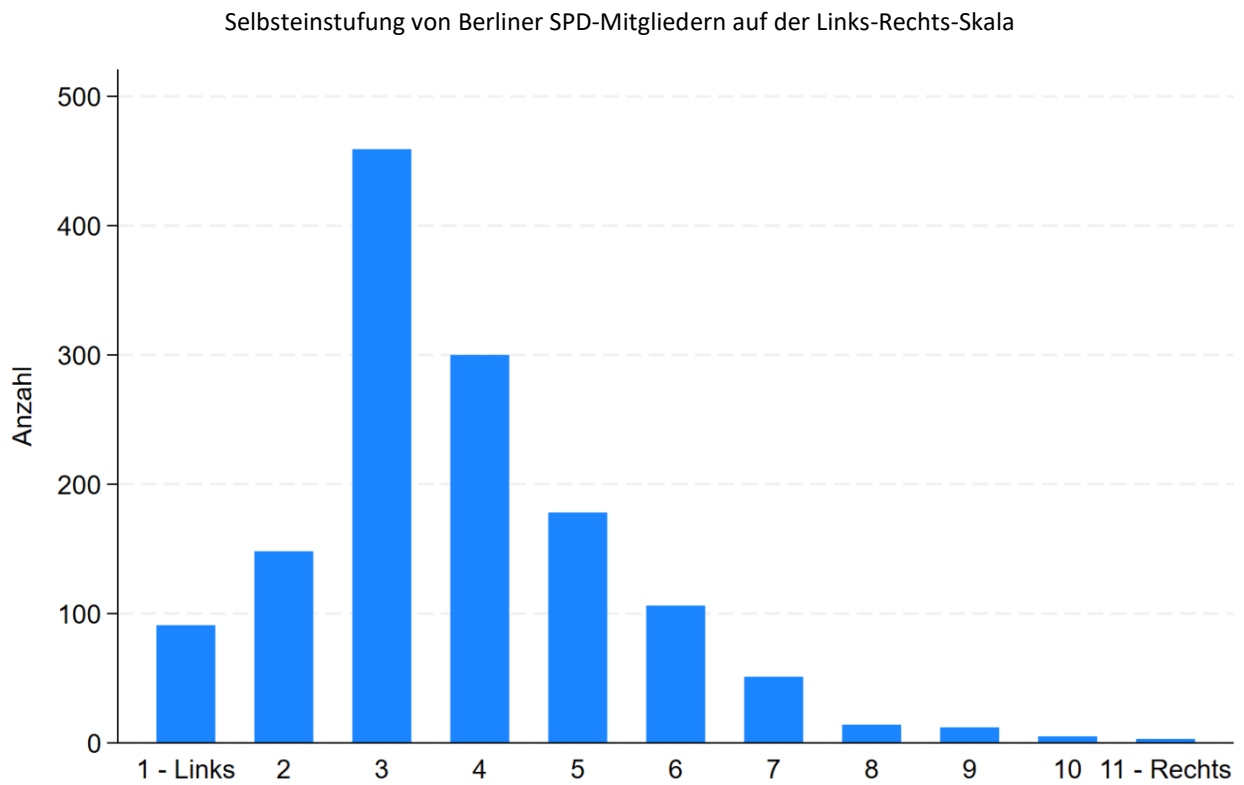


Abbildung 9: Selbsteinstufung von Berliner SPD-Mitgliedern auf der Links-Rechts-Skala

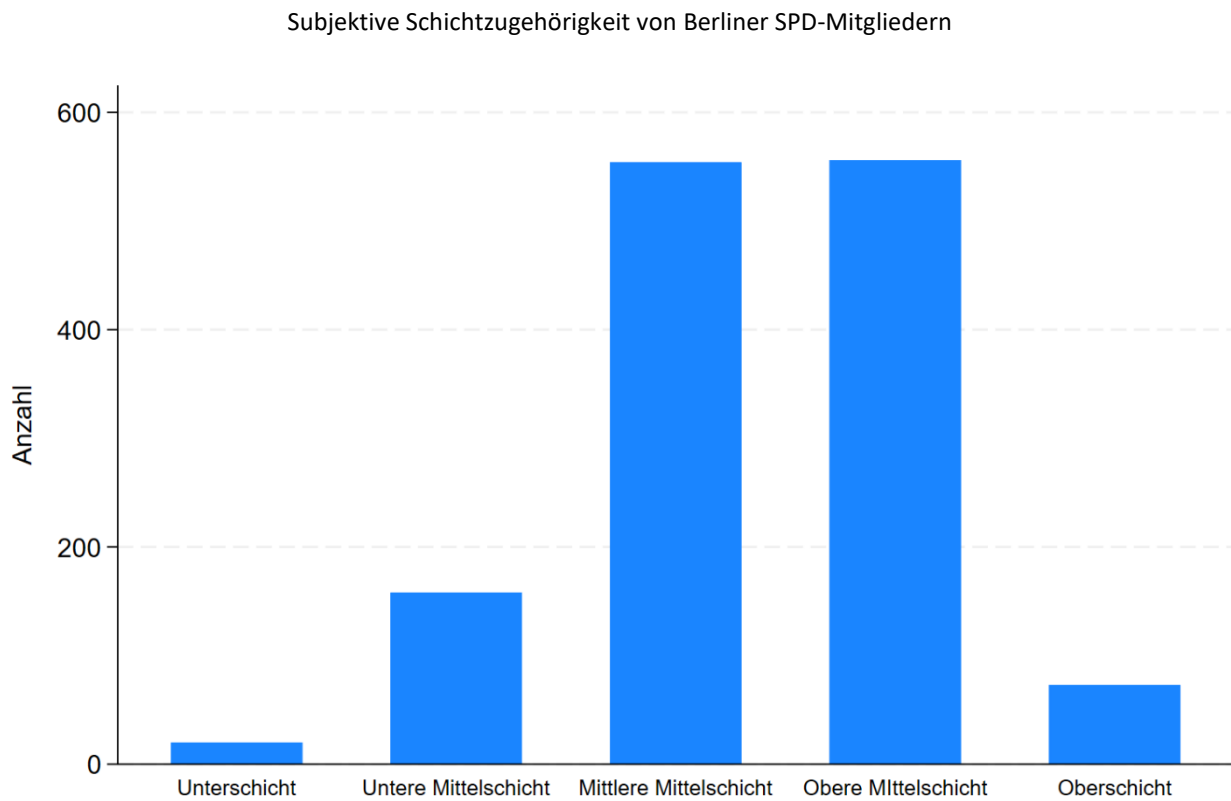


Abbildung 10: Subjektive Schichtzugehörigkeit von Berliner SPD-Mitgliedern

Hingewiesen sei auch auf die subjektiven Schichteinstufungen der Parteimitglieder. 13 Prozent der Befragten zählen sich zur „Unterschicht“ oder „unteren Mittelschicht“, 41 Prozent zur „mittleren Mittelschicht“ und 46 Prozent zur „oberen Mittelschicht“ oder „Oberschicht“.

Hintergründe des Abstimmungsverhaltens zum Koalitionsvertrag

Wo verlaufen die Spannungslinien in der Partei? Unterschiede nach Geschlecht sind es kaum: Der „Ja“-Anteil liegt bei männlichen Mitgliedern zwar etwas höher; allerdings liegt die Größenordnung dieses Unterschieds nur bei rund fünf Prozentpunkten. Gering ist dieser Unterschied vor allem, wenn man ihn mit den Größenordnungen anderer Unterschiede vergleicht. Im Zuge der Befragung wurden die Mitglieder etwa auch gebeten, sich gesellschaftlichen Schichten zuzuordnen. Die Zustimmung zum Koalitionsvertrag fiel dabei „in der Mitte der Gesellschaft“ über 10 Punkte höher aus als bei Menschen, die sich eher weiter unten in der Gesellschaft sehen.

Noch markanter fallen die Unterschiede nach dem Alter der Befragten aus. Dass Jusos in der SPD mit dem Einstieg der Partei in Große Koalitionen nicht immer einverstanden sind, ist hinlänglich bekannt und zeigt sich hier erneut. Aber die Grafik zeigt auch: Es ist nicht nur ein Juso-Effekt, der sich hier abzeichnet, sondern ein echter „Alters“-Effekt, denn auch zwischen den nächsten beiden Altersgruppen – 36-59 Jahre vs. 60+ Jahre – zeigen sich sehr markante Unterschiede in der Zustimmung zum Koalitionsvertrag. Ähnlich deutliche Unterschiede findet man nur, wenn man die Mitglieder bittet, sich auf einer ideologischen Links-Rechts-Dimension einzustufen und sich dann anschaut, wie diese Einstufung mit der Zustimmung zum Koalitionsvertrag zusammenhängt: Ganz links liegt die Zustimmung zum Koalitionsvertrag bei nur 20 Prozent und steigt dann kontinuierlich an, bis sie bei den Mitgliedern, die sich in der Mitte (oder gar leicht rechts der Mitte) einstufen, bei über 80 Prozent liegt.

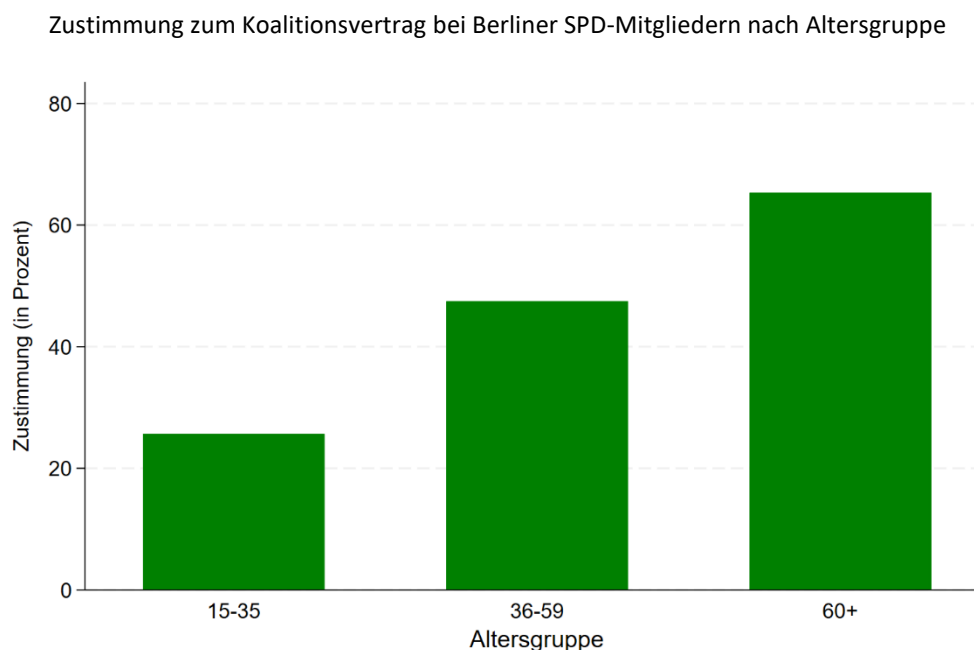


Abbildung 11: Zustimmung zum Koalitionsvertrag von Berliner SPD-Mitgliedern nach Altersgruppe

Zwei Dinge sind dabei wichtig anzuerkennen: Das Alter eines Mitglieds und seine Einstufung auf der Links-Rechts-Skala bedingen sich nicht gegenseitig. Einfach nur zu sagen: Die Jungen sind die Linken, wäre viel zu einfach. Beide Faktoren tragen *unabhängig* voneinander dazu bei, ob jemand mit „Ja“ oder „Nein“ stimmt. Und das wiederum bedeutet auch: In der Berliner SPD überlagern sich mehrere Konfliktlinien, allen voran Alter und Ideologie. Die Herausforderung für die Berliner SPD macht das nicht kleiner.

Entscheidungsfindung

Mitgliederentscheide sollen Entscheidungen herbeiführen und breite Legitimation verleihen. Aber natürlich sollen sie auch zu einem Austausch von Argumenten und so zu einer *guten* Entscheidungsfindung beitragen. Sie sind nicht bloß Zählappelle, in deren Rahmen Spaltungslinien abgebildet werden, sondern auch Formate des Austauschs, Abwägens und ggf. auch Überzeugens. War dem 2023 so?

Tatsächlich sagt ein knappes Viertel der Befragten, dass sie zu einem früheren Zeitpunkt zunächst einmal geplant hatten, sich anders zu entscheiden, als sie es letztlich getan haben. Für weniger als 50 Prozent der Abstimmenden stand von Anfang an fest, wie sie sich beim Mitgliederentscheid verhalten würden; fünf Prozent haben sich erst unmittelbar vor ihrer schlussendlichen Entscheidung festgelegt. Einem knappen Drittel der befragten Mitglieder fiel die Entscheidung „sehr“ oder „eher schwer“. Das zeigt: Auch wenn die Entscheidung für viele früh feststand, so war der Mitgliederentscheid 2023 kein reiner Zählappell. Vielmehr gab es ein beachtliches Maß an Dynamik.

Schwankendes Entscheidungsverhalten beim Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag

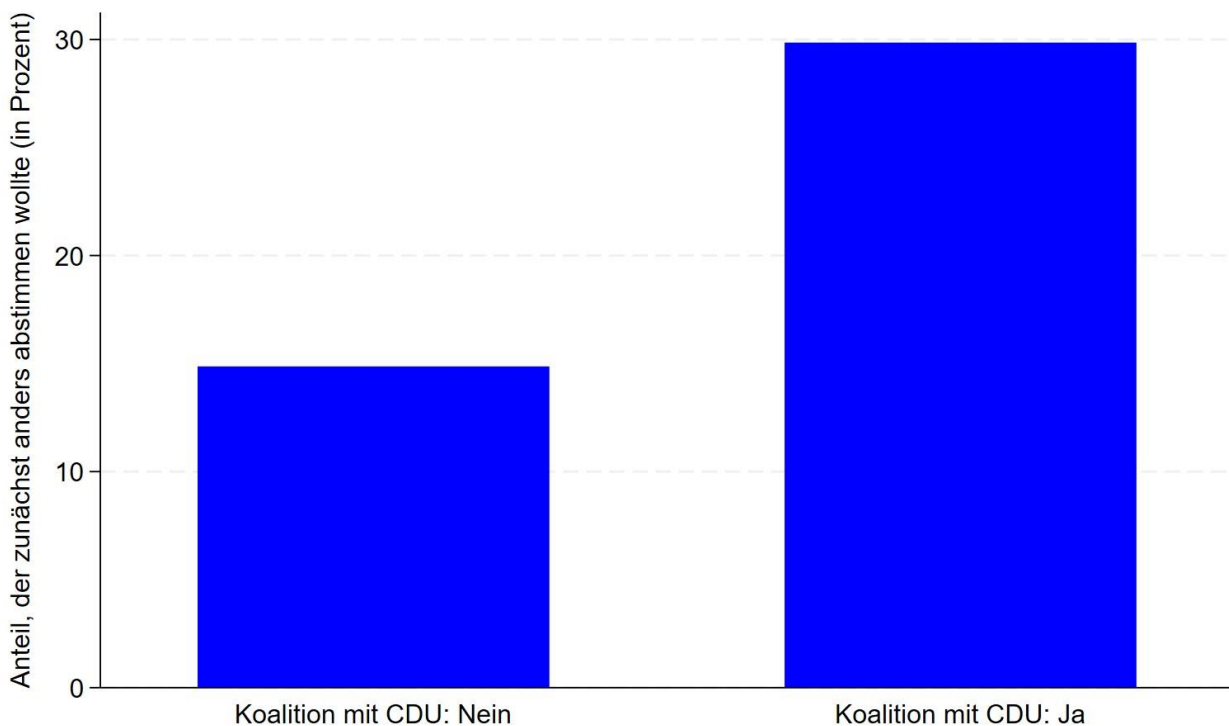


Abbildung 12: Abstimmungs- und Entscheidungsverhalten beim Mitgliederentscheid 2023 über den Koalitionsvertrag

Aber bei wem? Bemerkenswert sind die Unterschiede, die sich zwischen jenen Mitgliedern zeigen, die am Ende mit „Ja“ gestimmt haben, und jenen, die „Nein“ sagten. Unter den „Ja-Sager*innen“ fiel die Entscheidung 38 Prozent schwer (Nein: 23 Prozent); von ihnen hatten auch ursprünglich 30 Prozent geplant, sich anders zu entscheiden (Nein: 15 Prozent). Ihre Entscheidung stand auch in geringerem Maße fest – acht Prozent haben sich erst unmittelbar vor ihrer Entscheidung festgelegt (Nein: drei Prozent). Das „Ja“ hat sich also erst im Verlauf des Mitgliederentscheids durchsetzen können – und das zeigt umso mehr: Es war wirklich knapp für die neue Koalition von CDU und SPD.

Bewertung des Mitgliederentscheids und Blick in die Zukunft

Diese Ambivalenzen setzen sich auch in den Bewertungen des Mitgliederentscheids fort: 79 Prozent der Mitglieder, die mit „Ja“ gestimmt haben, sind mit dem Ausgang „sehr“ oder „eher zufrieden“, wohingegen 85 Prozent derer, die mit „Nein“ gestimmt haben, „sehr“ oder „eher unzufrieden“ sind. Daraus könnte man folgern, dass der Mitgliederentscheid die Spaltungslinien in der Partei nicht nur sichtbar gemacht, sondern auch verfestigt hat.

Das wäre allerdings vorschnell. Denn die Frage „Wie beurteilst Du den Umstand, dass der Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag stattgefunden hat?“ wird lagerübergreifend positiv beantwortet. 52 Prozent fanden den Entscheid als solchen „sehr gut“, weitere 26 „eher gut“; negative Voten gaben weniger als 10 Prozent der Befragten ab. Unterschiede zwischen „Ja“ und „Nein“ sind zwar auch an dieser Stelle vorhanden, bleiben aber in ihrer Größenordnung eher klein: 74 Prozent der Mitglieder, die *gegen* den Koalitionsvertrag gestimmt haben, bewerten den Entscheid trotz ihrer Niederlage positiv; bei den Befürworter*innen der Koalition sind es 84 Prozent. Wieder einmal zeigt sich: Prozesse – in diesem Fall der Mitgliederentscheid – tragen zur Meinungsbildung bei und können Legitimation verleihen und Integration schaffen – unabhängig vom Ausgang, den sie letztlich produzieren.

Dass der Entscheid positive Wirkungen entfaltet hat, zeigt sich auch an anderer Stelle. Gefragt, wie sehr verschiedene Ereignisse und Entscheidungen der jüngeren Vergangenheit die Mitglieder interessiert haben, landet der Bundestagswahlkampf 2021 auf Platz 1. Aber schon direkt dahinter folgt der Mitgliederentscheid. Auf dem dritten Platz liegen die Inhalte des CDU-SPD-Koalitionsvertrags, noch vor den Wahlkämpfen zur Abgeordnetenhauswahl 2021 und erst recht 2023. Auf dem letzten Platz landet die Frage, wer in der neuen Koalition aus CDU und SPD welches Amt bekommt.

Der Mitgliederentscheid hat die Mitglieder interessiert und auch integriert. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass die Mitglieder in Mitgliederentscheiden auch grundsätzlich ein großes Potenzial sehen. Der Aussage „Mitgliederentscheide sind ein gutes Mittel, um wichtige politische Fragen in der Berliner SPD zu entscheiden“ stimmen 77 Prozent der Befragten zu, nur 10 Prozent lehnen sie ab. „Über den Vorsitz der Berliner SPD sollten alle Mitglieder entscheiden“ – 65 Prozent Zustimmung, 22 Prozent Ablehnung. Der Fokus liegt dabei für viele aber auf „wichtigen“ Fragen, denn die Aussage „Wichtige Fragen der Berliner SPD sollten regelmäßig von allen Mitgliedern, nicht nur den Delegierten auf Parteitagen entschieden werden“ findet nur noch eine Zustimmung von 50 Prozent bei einer Ablehnung von 27 Prozent.

In Mitgliederentscheiden liegt ein erhebliches Potenzial für die Partei, einerseits mit Blick auf die Aktivierung der Mitglieder, aber auch der integrierenden Wirkung solcher Verfahren in die Partei hinein. Mitgliederentscheide bei wichtigen Fragen erfreuen sich über alle Unterschiede in der Partei hinweg breiter Zustimmung; am geringsten ist die Zustimmung noch bei Mitgliedern, die aktuell ein Amt innehaben und daher – natürlich

Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen

Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

durchaus zurecht – befürchten, an Einfluss zu verlieren. Aber selbst hier gibt es keine fundamentalen Unterschiede und keine fundamentale Ablehnung. So schwer sich die Regierungspartei SPD auch getan hat, mit dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ umzugehen – nach innen könnte die verstärkte direkte Beteiligung von Mitgliedern gerade angesichts der angespannten Lage, in der die Partei sich befindet, eine integrierende Wirkung entfalten.

8. Der Zustand der Partei

Mehr als alles andere ist der Zustand der Partei für die schlechten Wahlergebnisse verantwortlich

Bei der Durchführung der Interviews stach eine Sache besonders hervor: Die Befragten wollten ausnahmslos ihren Unmut über den Zustand der Partei äußern. Der eigentliche Wahlkampf, das Handwerk, die Organisation erscheint den meisten nicht das eigentliche Problem zu sein. *„Lass uns bitte nicht über Plakate oder so reden, sondern darüber, worum es hier geht: Die Partei ist kaputt.“*, *„Schreib bitte nichts über Wahlplakate, das geht am Thema vorbei.“* / *„Wir sind nicht in der Stadt verankert, wir machen uns selbst kaputt.“* / *„Am Wahlkampf liegt es nicht.“*

Diesen Eindruck teilen die Autor*innen dieser Analyse. Alle Interviews wurden so geführt, dass auf die Themenschwerpunkte der Befragten eingegangen wurde. Auffallend oft geriet ein Aspekt dabei in den Hintergrund: Die Berliner*innen. Die Interviewten fokussierten sich auf den Zustand der Partei, erklärten im Detail die Grabenkämpfe, die Abhängigkeiten und das Machtgerangel innerhalb der Partei. Wer aber Wahlen wieder gewinnen will, sollte sich nicht nur mit sich selbst beschäftigen, sondern den Blick auf diejenigen werfen, die der Partei ihr Vertrauen aussprechen sollen, diejenigen, für die Politik gemacht werden soll. Nur wenige Interviewpartner*innen beschäftigten sich mit der Frage, was die SPD eigentlich für Berlin erreichen will, welche Themen langfristig vorbereitet werden müssten, was die Rolle der Sozialdemokratie in Berlin sein könnte, schlicht: Wofür es eine sozialdemokratische Partei in Berlin braucht. Wie bereits beschrieben, kamen auch auf die konkreten Nachfragen eher Plattitüden und Allgemeinplätze, *„dass Berlin bezahlbar bleibt“* / *„sozial bleibt“*, man habe *„gute Konzepte“* / *„überzeugende Ideen“*. Die Umsetzung scheiterte aber daran, dass *„die Partei nicht mitgehe“* / *„auf Parteitag [...] viel diskutiert [werde], aber dann werden zwei Anträge beschlossen, die sich gegenseitig ausschließen und niemand merkt es. Ich will nicht sagen, die Delegierten sind dumm, aber sie merken das nicht mal.“* Nach möglichen Lösungen gefragt, kommt zumeist Schulterzucken. *„Wenn ich das nur wüsste“* / *„Das ist nicht lösbar“* / *„Darauf habe ich auch keine Antwort“*. Dieser Ausdruck der Resignation ist das Resultat eines jahrzehntelangen Richtungsstreit, der sich häufig eher in Personalstreitereien als Sachfragen ausdrückte. Dabei ist der Streit an vielen Stellen vor allem auch symbolisch, denn wir haben ja bei der Mitgliederbefragung gesehen: So weit auseinander liegen die Ansichten der Mitglieder häufig gar nicht.

In den Interviews aber klang das häufig anders. Dort verteidigten viele ihre eigene Linie recht kompromisslos: *„Wir müssen wieder linker werden“* / *„Die sogenannten Pragmatiker müssen endlich weg“*, bis hin zu *„schreiben Sie nicht auf, dass wir linker werden müssen“* / *„Wir müssen linker werden, ich kann es nicht mehr hören“* / *„der ständige Ruf nach linker Politik macht die SPD kaputt“* / *„wenn wir linker werden, ist das das Aus der Sozialdemokratie“*. Was genau hier links meint, scheint nicht unbedingt Konsens zu sein. *„Linke Politik verkennt, dass die Summe von Partikularinteressen keine Mehrheit ergibt“* / *„linke Politik verkennt die Realitäten“* / *„linke Politik macht sich keine Gedanken darüber, wo das Geld herkommt. Im Übrigen auch nicht das Geld für den Wahlkampf.“* Auf der ‚Gegenseite‘ ist allerdings auch nicht klar, was konservative oder pragmatische Politik bedeuten soll *„wir können nicht in Uniform in jedem Polizeiwagen mitfahren und diese Bilder auch noch posten“* / *„arabische Clans müssen eben bekämpft werden“* / *„die Wirtschaft Berlins sichert doch erst Wohlstand in der Stadt“*.

Es ist nicht Aufgabe der vorliegenden Analyse, der Berliner SPD zu empfehlen, ob sie ‚linkere‘ oder ‚pragmatischere‘ Politik machen soll. Das muss die Sozialdemokratie in Berlin für sich selbst entscheiden. Was diese Analyse aber zeigt: Die Abwertung der anderen Position als *„nicht wirklich sozialdemokratisch“* hilft beim

Gewinnen von Wahlen nicht weiter. Eine Person beschrieb: *„Als ich erstmalig in der SPD Verantwortung übernahm, wurde ich gefragt, ob ich konservativ oder links sei. Ich habe das gar nicht verstanden und geantwortet ‚Ich dachte, wir seien alle Sozialdemokraten‘“*. Diese Erkenntnis sollten sich alle in der Berlin SPD wieder zu eigen machen: Alle sind Sozialdemokrat*innen. Das Ringen um die besten Lösungen sollte im Vordergrund stehen, nicht ein Flügelstreit und noch weniger, wer wem gegenüber loyal ist und wer für den eigenen Machterhalt nützlich ist. Unsere Analyse zeigt ja auch: Die Mitgliedschaft der Berliner SPD ist nicht in links vs. rechts gespalten, sondern diesbezüglich recht normal verteilt. Eine Partei, die an sich selbst den Anspruch stellt, eine Volkspartei zu sein, sollte sich auch nicht damit zufriedengeben, den anderen „konservativen“ oder „linken“ Flügel abzuwerten, sondern sich damit befassen, wie sich die beiden Sichtweisen komplementieren lassen. Hier läge für die Berliner SPD eine echte Chance, die es aber auch zu nutzen gilt. Nur weil verschiedene Meinungen innerhalb der Partei existieren, ist eine Partei noch lange keine Volkspartei.

Mit dieser Erkenntnis sollte auch einhergehen, dass respektvoll miteinander umgegangen wird. Besonders an dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf. Nicht nur der Umgang mit dem ehemaligen Koalitionspartner, den Grünen, zeigt, dass anderen Meinungen nicht immer mit Respekt begegnet wird. Das zeigte sich auch in der vorliegenden Analyse. Der Ton, in dem übereinander gesprochen wurde, war häufig sehr rau, Fehler und Versäumnisse wurden bei den jeweils anderen gesehen, aber nur selten bei sich selbst gesucht. Das Misstrauen innerhalb der Partei ist groß. Offensichtlich ist dieses Misstrauen aber auch nicht vollkommen grundlos. In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass es durchaus begründet ist: Die Art und Weise, wie mit politischen Widersacher*innen umgegangen wird, konnte spätestens auf mehr oder weniger offener Bühne zwischen Müller, Stöß und Saleh beobachtet werden. Diese Auseinandersetzungen haben nie aufgehört, möglicherweise haben sie sogar zugenommen. Zweckbündnisse halten nur so lange, wie sie für beide Seiten einem bestimmten Zweck – in der Berliner SPD: Machterhalt – dienen.

Parteipolitik ist immer beides: Streben um Macht und Inhalte. Aber hier hat die Berliner SPD die Balance verloren zu haben – und das ist politisch unverantwortlich. Wähler*innen interessieren sich nicht für den Machtapparat der Partei, sie interessieren sich für ihre Stadt und ob die SPD ihr Leben in Berlin zum Besseren wenden kann. Dafür wünschen sie sich dafür zurecht die besten Köpfe im Senat und auch in der Parteiführung. Die Berliner SPD wäre gut beraten, genauer hinzusehen, wer in der Lage ist, Wähler*innen der verschiedenen Milieus anzusprechen, wer in der Lage ist, Bündnisse mit der Stadtgesellschaft zu schmieden, wer die erforderlichen rhetorischen Fähigkeiten besitzt, Wähler*innen von sozialdemokratischen Inhalten zu überzeugen und politische Verantwortung zu tragen. *„Wenn wir die Auslese der besten Köpfe in den Vordergrund stellen, wenn wir uns wirklich verabschieden von dieser Geklüngelpolitik, wenn wir uns wirklich ehrlich machen würden, und fragen würden, wer sind die besten Leute, die am anschlussfähigsten sind, wer sind die Leute, die am besten mit Menschen können, am besten reden können, am besten vernetzt sind, am besten in ihren Kiezen überhaupt aktiv sind, präsent sind, dann würden wir anders miteinander reden.“*

Ein Beispiel kann sie sich hier sicherlich an der Bundes-SPD nehmen: Auch die Bundespartei war nach der missglückten Wahl 2017 in einem miserablen Zustand. Die Verantwortlichen in der Regierung, aber auch allen voran die Parteivorsitzenden, die Bundesgeschäftsführerin, der Generalsekretär und der Fraktionsvorsitzende haben einen echten Kraftakt unternommen, die Partei wieder zu einen und eine vertrauens- und respektvolle Zusammenarbeit der unterschiedlichen Lager zu ermöglichen. Auch wenn die Bundespartei in den derzeitigen Umfragen nicht gut dasteht und es auch innerhalb der Partei wieder zu brodeln beginnt, sollte diese Kraftanstrengung nicht vergessen werden und kann gegebenenfalls – bei aller „Andersartigkeit“ der Berliner SPD – als Blaupause dienen.

Dafür braucht es aber die richtigen Verantwortungsträger*innen. Der Einfluss im Bezirk, in Arbeitsgemeinschaften oder die persönliche Nähe zur Partei- und Fraktionsspitze sollte eine untergeordnete Rolle spielen. *„Ich komme eben aus dem falschen Bezirk. Ich bin gut verankert und habe einen gewissen Einfluss in meinem Wirkungskreis außerhalb der SPD. Doch noch nie wurde ich angerufen, um mir zu danken, mich nach meiner Meinung zu fragen oder meinen Rat einzuholen.“ / „Ich habe lange Zeit alles für die SPD getan. Als ich nicht mehr gebraucht wurde, war ich abgeschrieben“ / „Ja, es geht mir auch um persönliche Befindlichkeit. Ich habe nicht mal ein ‚Danke‘ gehört.“ / „Ich weiß, dass ich nur so lange eine politische Chance habe, wie ich nützlich bin.“ / „Ich habe Ideen für die Stadt. Die Stadt liegt mir am Herzen, aber das kann ich meiner Familie nicht antun“ / „Ich brauche diese Person nicht mehr. Sie hilft jetzt nicht mehr, aber es muss immer respektvoll sein, gesichtswahrend“ / „An mir kommt niemand vorbei“ / „Ich versichere Dir, dass es mir um die Stadt geht. Aber ohne die entsprechenden Netzwerke kann man in Berlin nichts erreichen in dieser Partei.“*

Dazu gehören neben den gewählten Mitgliedern der Fraktion auch die Senator*innen, die Staatssekretär*innen sowie der gesamte Parteivorstand, aber auch alle Genoss*innen in den Bezirken, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften – bis hin zur Basis. Natürlich ist die sogenannte erste Reihe für Wähler*innen sichtbarer und relevanter; für die zukünftige Aufstellung der SPD sind aber alle Berliner Genoss*innen verantwortlich. Wer sich über die vermeintlich falsche Spitzenkandidatin in der letzten Wahl beschwert, sollte sich die Frage stellen, warum es keine oder kaum Alternativen gab. Wer sich über angebliche Inkompetenz der Senator*innen und Staatssekretär*innen auslässt, muss sich die Frage stellen, wie er*sie selbst dazu beigetragen hat, dass die aus seiner*ihrer Sicht geeigneteren Menschen nicht in die entsprechenden Positionen kamen *„Wir alle wissen, wie das System funktioniert. Aber niemand hebt den Kopf, weil alle wissen, dass der dann ab ist“ / „Ich jedenfalls traue mich nicht öffentlich zu opponieren“ / „Wer ist so dumm, dieses System infrage zu stellen? Diejenigen, die es getan haben, sind jetzt weg“ / „Die Guten haben uns den Rücken gekehrt. Das tun die sich nicht mehr an“.*

Einerseits fühlen sich Genoss*innen gehindert, ihre politischen Ideen einzubringen, andererseits existieren ungewohnte ‚Themenbesitzansprüche‘ in den Arbeitsgemeinschaften, aber auch in den Fachausschüssen. *„Wir müssen diese alten Strukturen aufbrechen. Wir müssen wieder agiler werden. Die Arbeitsgruppen und Ausschüsse haben sich ja mal mit dem Anspruch gebildet, der Partei zu zeigen, dass man anders arbeiten kann, dass sich einfach Leute zusammenfinden, die Bock auf ein Thema haben und Bock aufeinander und einfach arbeiten. Die dann aber sofort Stress kriegen mit dem anderen Fachausschuss, weil sie es tatsächlich wagen, bestimmte Worte in den Mund zu nehmen, die eigentlich diesem Ausschuss ‚gehören‘. Da geht es dann um so ein Themenfürstentum. Da gibt es dann einen Vorsitzenden, der macht das seit Jahrzehnten. Da bekommen wir einfach keine Öffnung hin.“* Diese Strukturen wirken nicht nur innerhalb der Partei geschlossen und antiquiert, sie verhindern auch, dass sich interessierte Berliner*innen mit ihren Themen einbringen können *„eigentlich müsste das der Nukleus sein, mit dem wir uns als Partei auch in den entsprechenden stadtgesellschaftlichen Zirkeln bewegen, die wir einladen, die wir reinholen, wo wir nicht sagen ‚Unterschreib hier mal und dann wirst Du gewählt und dann wirst Du berufen und dann darfst Du in einen Fachausschuss‘, sondern wo wir Leute einladen, die was zum Thema beitragen können und die vielleicht Lust haben, auch mit der SPD zusammenzuarbeiten. Aber dazu muss ich ja selber Lust darauf haben. Diese Art der Parteilarbeit ist so unlustig und wenn wir selber keine Lust auf uns selber und auf die eigentliche Arbeit, die Debatte miteinander haben, weil das in diesen Strukturen ist, wo man denkt ‚oh Gott, Fachausschuss, habe ich eine Ausrede?“*

Diese Art der ‚Themenhoheit‘ wurde in vielen Interviews angesprochen, aber auch zur Schau gestellt *„Diese Themen sind meine Themen“ / „niemand ist in der Szene so gut vernetzt wie ich“ / „niemand kennt die*

Community besser als ich“ / „ich bin ja sehr gut vernetzt in der Berliner Elternschaft“ / „ich kenne mich mit der Berliner Kulturszene aus“. Einige der Interviewpartner*innen beanspruchten für sich, maßgebliche Expert*in für ein bestimmtes Milieu zu sein – in manchen Milieus beanspruchten aber auch mehrere Interviewpartner*innen in Konkurrenz zueinander dasselbe Themenfeld und Milieu, ohne den Namen der anderen Person auch nur zu nennen. Jana Faus hat sich in zwei dieser Milieus umgehört, welche parteipolitisch Aktiven die Community besonders unterstützten. Die Namen der SPD-Expert*innen fielen nicht, stattdessen wurden Grüne, CDUler*innen und Linke genannt. Das mag nicht repräsentativ sein, aber es gibt zu denken.

Allen vermeintlichen Expert*innen ist gemein, dass sie selbst den Eindruck hatten, mit ihren Themen in der Partei nicht durchzudringen. Eine Vernetzung zwischen den stadtgesellschaftlichen Milieus und der Partei findet in ausreichendem Maße nicht statt. Damit ist die SPD und ihre Vertreter*innen im Stadtleben kaum präsent, der unmittelbare Kontakt zu den Bürger*innen auch außerhalb von Wahlkampfzeiten findet kaum statt. Und das wird in den unterschiedlichen Milieus durchaus auch erlebt. *„Ich gebe mal ein Beispiel. Da waren wir an der Regierung. Franziska kommt nicht zum CSD, weil sie im Urlaub ist. Saskia war da. Es war super heiß, Maske auf dem Gesicht. Die hier ist gelaufen, von der Leipziger Straße bis zum Endpunkt und hat stolz an vorderster Front das Banner getragen. Meine Leute reden heute noch davon, echt ja, meine Leute reden heute noch davon. Am gleichen Tag kommt ein Mitglied des Landesvorstandes, eine Abgeordnete aus dem Abgeordnetenhaus aus Berlin. Sie macht ein Foto und war nicht mehr gesehen. Anderes Beispiel: Morgens kommt über die Straße querlaufend von einer Seite zur anderen Seite eine SPD’lerin entgegen. Die hatte Besuch und die kamen gerade aus dem Museum. Sie kam vorbei und – Zufall, Zufall – stand da die SPD gerade. Sie kam, grüßte, machte ein Foto hinterm Banner, verabschiedete sich, ging wieder und schreibt auf den sozialen Netzwerken ‚Wie krass, wir sind heute gut gelaunt öffentlich durch die Stadt mit der SPD für gleiche Rechte blablabla.“* Bürger*innen mögen nicht jedes Detail eines Wahlprogramms kennen, mögen nicht die Namen ihrer Abgeordneten kennen, aber sie haben ein gutes Gespür dafür, ob sich „die Politik“ ernsthaft für sie und ihre Anliegen interessiert.

Dabei gibt es unter den Genoss*innen einige, die mit Eifer dabei sind, die Lust haben, die SPD in der Stadt sichtbar zu machen. Die dafür gebührende Anerkennung bekommen sie aber nicht. *„Man muss halt vor Ort sein bei den Leuten. Da gibt es einen Abgeordneten, der immer dann, wenn in der Nachbarschaft ein neues Haus gebaut wird, den Leuten einzeln einen Brief schreibt, gibt eine Visitenkarte mit rein. ‚Wenn irgendwas sein sollte, melden Sie sich!‘ Ich kenne eine andere, die hat jede Woche in ihrem Wahlkreis Tür zu Tür gemacht, an einem Freitag zwei Stunden. Jede Woche! Nicht im Wahlkampf, jede Woche! Sie hat gesagt ‚Am Freitag werde ich bei Ihnen klingeln, würde mich freuen, Sie anzutreffen‘. Und am Freitag standen sie da pünktlich und hat die Leute an den Türen begrüßt. Sie hat den Leuten immer gesagt ‚Ich bin ihre Abgeordnete, sie müssen mich nicht wählen, ich bin schon gewählt, ich brauche nicht ihre Stimme, aber falls Sie meine Stimme brauchen, weil ich Ihre Anliegen ins Parlament tragen kann, rufen sie mich an, auch wenn ich nicht zu Ihrer Partei gehöre‘. Bekommen die mal ein Lob von der Parteispitze? Einen Anruf? Wird das überhaupt gesehen?“*

9. Empfehlungen

Aus der vorliegenden Analyse ergeben sich aus Sicht der Autor*innen folgende Ableitungen, deren politische Bewertung und Umsetzung der SPD Berlin obliegt.

Fokus auf Wählende

- Besonders in den Interviews wurde deutlich, wie sehr die Gedankenwelt von innerparteilichen Flügel- und Machtkämpfen geprägt ist. So nachvollziehbar das auch ist, bleibt die Binsenweisheit, dass Wahlen auf der Straße gewonnen werden. Dafür muss die Berliner SPD wieder in der Stadtgesellschaft sichtbar werden. Das gilt besonders auch für die Zeit zwischen Wahlen und darf keinesfalls auf die Wahlkampfzeit beschränkt sein.
- Dafür ist es relevant, diejenigen Talente in der Berliner SPD zu finden und dezidiert zu fördern, die aufgrund ihrer Anbindung an die diversen Milieus der Stadtgesellschaft bereits eine Verankerung in Berlin haben – und zwar unabhängig von ihrem bisherigen Engagement in den Strukturen der Partei.
- Die Verankerung in der Stadtgesellschaft ist nicht nur wichtig, um Wähler*innenstimmen zu maximieren, sondern auch, um wieder ein besseres Verständnis für die Sorgen und Nöte der Berliner*innen zu bekommen, die aus den Augen verloren wurden.
- Es bietet sich an, stärker in die Mitgliedschaft der Partei hineinzuhören, um Interessen, Stärken und Kompetenzen der eigenen Mitgliedschaft genauer identifizieren zu können.
- Strategisch gilt es folgende Fragen zu beantworten: Soll der Fokus des Wahlkampfes auf den sogenannten SPD-Hochburgen (die 2023 deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen mussten) liegen oder die ganze Stadt in den Blick genommen werden? Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vielfalt der Stadt gleichermaßen Hemmnis wie auch Chance darstellt – eine gemeinsame Ansprache aller Berliner*innen ist ob der unterschiedlichen Milieus, aber auch der unterschiedlichen Konkurrenzsituationen in den Bezirken schwierig. Gleichzeitig könnte eine auf die Bezirke angepasste Wahlkampfstrategie unter einem gemeinsamen, die ganze Stadt in den Blick nehmenden Dachnarrativ erhebliche Vorteile bieten und die Berliner SPD (wieder) zur Berliner Volkspartei machen, die in ihrer innerparteilichen Vielfalt die innerstädtische Vielfalt abbildet.

Überkommen innerparteilicher Flügelkämpfe

- Um erfolgreiche Politik für die Stadt Berlin und ihre Einwohner*innen zu machen, muss nicht nur die Anbindung an die Stadtgesellschaft erfolgen, es müssen auch attraktive Politikangebote formuliert werden. Statt darüber zu streiten, wer „links“ oder „pragmatisch“ genug ist, gute sozialdemokratische Politik anzubieten, sollte sich die Debatte wieder stärker um politische Inhalte drehen.
- Dies gilt insbesondere, da die Diskussion um „links“ und „rechts“/ „konservativ“ vor allem bezüglich der Koalitionsfrage symbolisch aufgeladen ist. Wichtiger ist es, selbstbewusst thematische Schwerpunkte zu setzen, sie mit Inhalten zu hinterlegen und in Sondierungsgesprächen auszuloten, mit wem diese Inhalte umgesetzt werden können.
- Mitgliederentscheide sind kein Allheilmittel und sollten sorgsam eingesetzt werden. Sie sind immer vor dem Hintergrund der aktuellen Situation (und den Interessen der handelnden Akteur*innen) zu verstehen. Dennoch bieten sie die strukturelle Möglichkeit, Mitglieder wieder stärker in Entscheidungsfindungen einzubinden, insbesondere, wenn es um maßgebliche Richtungsentscheidungen der Partei geht. Bei personellen Fragen der Parteiführung sind Mitgliederentscheide ein probates Instrument, um zu einer Entscheidung zu kommen, die von einer breiten Mitgliedschaft mitgetragen wird.

Den Mitgliedern, nicht der Funktionärsebene obliegt damit auch die Entscheidung und Verantwortung, ob die Partei stärker davon profitieren kann, auf Erfahrung oder frischen Wind zu setzen.

- Es hat sich gezeigt, dass Mitgliederentscheide zur Meinungsbildung beitragen und integrativ wirken können. Gleichzeitig darf es nicht zu Ermüdungserscheinungen bei zu häufiger Anwendung kommen. Mitgliederentscheide sollten daher sparsam eingesetzt werden. Gleichzeitig sollten neue Formate entwickelt werden, die zusätzlich zur Meinungsbildung beitragen können. Es ist anzuraten, sich die Debattencamps der Bundes-SPD zum Vorbild zu nehmen und gemeinsam mit der Mitgliedschaft langfristige Themensetzungen anzugehen. Statt die Unterschiedlichkeit der Positionen innerhalb der Partei als Hemmschuh zu verstehen, sollte die Meinungsvielfalt als Chance verstanden werden, den multiplen Herausforderungen passgenau zu begegnen.

Erhöhung der Strategiefähigkeit

- Es ist sinnvoll, Themen langfristig vorzubereiten und das Erarbeiten langer roter Linien zu ermöglichen. Dafür müssen Räume und ein angemessener Diskussionsrahmen geschaffen werden, in dem das möglich ist. Das derzeitige Denken und Arbeiten in Silos hindert die langfristige und integrierte Erarbeitung von Themenfeldern. Die derzeitige Arbeitsaufteilung in Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen sollte überdacht werden.
- Besonderes Augenmerk sollte darauf liegen, welche Themen in der Stadtgesellschaft diskutiert werden. In Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes ist zu überlegen, mit welchen Themen die SPD positiv verbunden sein soll. Diese gilt es aufzubauen. Ein weiterer Wahlkampf mit einer Themagenda, die die vermeintlichen Defizite Berlins betont, erscheint für die erneut in Regierungsverantwortung befindliche Berliner SPD nicht förderlich, insbesondere, wenn keine neuen Lösungsideen für Problemfelder der Stadt präsentiert werden können.
- Im Wahlkampf ist Strategiefähigkeit essenziell. Dazu gehört auch, verschiedene Szenarien, Stolpersteine oder Herausforderungen gedanklich durchzuspielen und einen Fahrplan zu erarbeiten, wie antizipierten Problemen vorgebeugt werden kann. Das erst ermöglicht, selbstbewusst zu agieren, statt zu reagieren.
- Zur Strategiefähigkeit gehört es auch, für (vermeintliche) Fehler politische Konsequenzen durchzuspielen und selbstbewusst zu kommunizieren.

Optimierung der organisatorischen Aufstellung bei Wahlen

- Synergien zwischen den verschiedenen politischen Ebenen müssen stärker genutzt werden. Es ist ratsam, darüber nachzudenken, wie die räumliche Nähe von Bezirken, Land und Bund stärker genutzt werden kann, um eine kulturelle Nähe herzustellen.
- Es ist zu analysieren, ob die wertvollen Ressourcen in KSH für einen modernen Wahlkampf optimal allokiert sind. Für eine weitere Professionalisierung des KSH muss die Attraktivität der Arbeitsplätze im KSH kritisch analysiert werden. Dies gilt insbesondere ob des schwierigen Fachkräftemarktes in Berlin. In Berlin konkurriert das KSH mit Arbeitgebenden auf der Bundesebene, die gegebenenfalls attraktivere Arbeitsbedingungen schaffen können.
- Für kommende Wahlkämpfe ist zu erwarten, dass Briefwahlen an Bedeutung gewinnen. Wahlkämpfe haben daher immer stärker zwei heiße Phasen, die vorbereitet werden müssen. Nicht nur der strategische, auch der organisatorische Aufwand wird daher zunehmen. Auch hierfür muss das Wahlkampfteam optimal aufgestellt sein.